

EDITORIAL**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

die Bilder von Menschen, die vor Krieg und Zerstörung fliehen und zu uns kommen, sind natürlich auch nicht spurlos an dieser elften Ausgabe der MAIZEITUNG vorbeigegangen. Wir greifen das Thema und damit die gesellschaftlichen Herausforderungen in einer Reihe von Beiträgen auf. Und wir schauen auch denen auf die Finger, die versuchen, daraus Kapital zu schlagen, indem sie die einheimische Bevölkerung gegen Geflüchtete in Stellung bringen. In einem Interview mit dem renommierten Rechtsextremismusforscher Hajo Funke gehen wir der Frage nach, wofür die AfD jenseits ihrer bürgerlichen Fassade tatsächlich steht.

In einem Interview mit dem bekannten alternativen Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel beleuchten wir die wirtschaftlichen Auswirkungen der Flüchtlingssituation und werfen einen Blick auf die nach wie vor schwelende Krise im Euroraum. Breiten Raum nimmt auch die Tarifrunde ein, der vor dem Hintergrund der schwächelnden Weltwirtschaft dieses Jahr eine besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande zukommt.

In einem Beitrag über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) haben wir Fakten zusammengetragen, die zeigen, warum der neue Freihandelsentwurf kaum besser ist als der alte.

Die nahende Kommunalwahl am 11. September wirft ihre Schatten voraus. In zwei Beiträgen formulieren wir unsere Forderungen an die Politikerinnen und Politiker mit Blick auf den sozialen Wohnungsbau und die Zukunft der Abfallwirtschaft in Hannover und im Umland.

Weitere Beiträge kreisen wie jedes Jahr das Thema Arbeit ein. Lesen Sie zur digitalen Revolution in den Betrieben ein Interview mit Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, über die gewerkschaftlichen Antworten. Wir berichten über Jobben im Alter, weil die Rente nicht reicht, über unsichere Arbeit und niedriges Einkommen, was junge Beschäftigte um ihre Rente fürchten lässt, und über den kirchlichen und gewerkschaftlichen Widerstand gegen die ausufernden »verkaufsoffenen Sonntage«.

Der 1. Mai ist das Fest für die, die nicht wollen, dass alles so bleibt wie es ist. Besuchen Sie uns, informieren Sie sich, feiern Sie mit uns!

Ihr
Reiner Eifler
DGB-Regionsgeschäftsführer

Zeit für mehr Solidarität

Angesichts schockierender Bilder aus den von Krieg, Bürgerkrieg und Terror betroffenen Ländern und der so entstandenen Situation an den Grenzen der Europäischen Union (EU) bekommt unser diesjähriges Maimotto eine existentielle Dimension. Hunderttausende Menschen suchen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung Schutz und Hilfe im Zentrum Europas. Die Position der Gewerkschaften ist klar: Menschen auf der Flucht müssen in der EU und Deutschland Aufnahme finden können. Geflüchtete müssen Asyl beantragen und in einem zügigen fairen Verfahren anerkannt werden können. Humanität und Solidarität sind besonders gefordert. Viele haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in Behörden, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen leisten Beeindruckendes. Tausende Bürgerinnen und Bürger helfen und unterstützen in den Aufnahmeeinrichtungen, leisten Geld- und Sachspenden oder stellen Wohnraum zur Verfügung. Dieses Engagement steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ungebrochene Hilfsbereitschaft zeugt davon, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit zu den dominierenden Werten unserer Gesellschaft gehören.

Neue Sozialpolitik erforderlich

Diese Werte sind aber nicht überall anzutreffen. Rechtspopulisten und rechte Demagogen schüren Ressentiments und versuchen, die einheimische Bevölkerung gegen Geflüchtete in Stellung zu bringen. Dabei docken die Rechten an eine diffuse Angst eines Teils der Bevölkerung an, der den Zuzug von Flüchtlingen und Migrant(innen)en als Gefahr sieht. Es ist die Angst einer alternden Gesellschaft vor zu vielen jungen Muslimen. Es ist die Angst von Menschen, die den sozialen Abstieg fürchten, neue Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum. Dieser Angst muss die Politik die Grundlage entziehen.

Das kann nur gelingen, wenn auch die hier lebenden Menschen spüren, dass sie sozial verankert sind. Der Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und fehlende soziale Absicherung erfordert energische Maßnahmen. Zwar wurden mit der Einführung des Mindestlohns und der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren Teilziele erreicht. Das aber reicht bei weitem nicht, um soziale Mindeststandards zu erreichen. Die Beschäftigten sollen mehr privat fürs Alter vorsorgen, doch viele wissen nicht wovon. Die gesetzliche Rente muss deshalb wieder wie früher den Lebensstandard im Alter sichern. Der Mindestlohn muss dringend steigen, damit das Geld tatsächlich zum Leben reicht und später keine Hartz-IV-Rente droht. Die Politik muss prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Werkverträge massiv ein-



dämmen, Bildungsprogramme auflegen, den sozialen Wohnungsbau vorantreiben und in die öffentliche Infrastruktur investieren. Wer das nicht oder nur halbherzig tut, der heizt die Verunsicherung weiter an.

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist wichtig, um soziale Ausgrenzung zu vermeiden und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das gilt für Langzeitarbeitslose, Geflüchtete und



Seit 2014: Maikundgebung auf dem Trammplatz.

Foto: Steffen Holz

Asylsuchende gleichermaßen. Statt Hartz IV brauchen wir nachhaltige Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose. Für Geflüchtete und Asylsuchende muss die Politik Behinderungen bei der Qualifizierung abbauen und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Reiche zur Kasse

Um alles bezahlen zu können, sind ausreichende staatliche Einnahmen notwendig. Mit einer »schwarzen Null« lassen sich diese gesellschaftlichen Herausforderungen nicht finanzieren. Große Einkommen, Erbschaften und Vermögen dürfen nicht weiter von einer gerechten Besteuerung verschont bleiben.

Gerade in Krisenzeiten müssen wir die rechtsstaatlichen sozialen und humanitären Errungenschaften unserer Gesellschaft immer wieder auch verteidigen. Keiner darf wegschauen, wenn rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen das Thema Flucht und Migration missbrauchen und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung infrage stellen. Als Gewerkschaften treten wir jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt entschieden entgegen. Wir engagieren uns auch weiterhin für ein weltoffenes demokratisches Deutschland und Europa. Wir sagen in aller Deutlichkeit: Es ist Zeit für mehr Solidarität! ▀



»Mitbestimmen, mitgestalten, mitverantworten«

IG BCE-Bundesvize Edeltraud Glänzer spricht am 1. Mai auf dem Trammplatz in Hannover

Die Gewerkschaft müsse man in den Betrieben erleben, anfassen und mitgestalten können, sagt Edeltraud Glänzer, stellvertretende Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau – Chemie – Energie (IG BCE). »Mitbestimmen, mitgestalten und mitverantworten« sind deshalb ihre Leitlinien für die gewerkschaftliche Arbeit. »Das zeichnet uns aus, und so sind wir auch erfolgreich.« Als Beispiel nennt sie den sehr hohen Organisationsgrad von Auszubildenden in der IG BCE. Durchschnittlich fast 70 Prozent eines Jahrgangs treten in die Gewerkschaft ein. Trotz dieses Erfolgs bleibt Edeltraud Glänzer auf dem Boden und betont: »Das ist immer eine Teamleistung. Insbesondere unsere jungen Kolleginnen und Kollegen vor Ort nehmen die jungen Menschen mit und überzeugen sie von unseren guten Leistungen.« Den Jugendbereich übernahm die heute 60-Jährige in der IG BCE vor rund sieben Jahren. Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Mitbestimmung, Sozialpolitik und die Gleichstellung von Frauen. Dass Kolleginnen für die gleiche Arbeit immer noch deutlich weniger Geld bekommen, nennt

einen Skandal. Doch Tarifverträge und starke Betriebsräte sorgen dafür, dass der Einkommensunterschied deutlich geringer wird – in der chemischen Industrie zum Beispiel liegt er zwischen 0,6 und 1,8 Prozent.

Nach Realschule und Ausbildung zur Industriekauffrau bei Riedel-de-Haen in Seelze, war Edeltraud Glänzer dort als Verkaufssachbearbeiterin tätig und trat 1975 in die IG Chemie-Papier-Keramik ein. Anfang der 1980er Jahre wechselte sie als Sekretärin und Sachbearbeiterin für Jugendfragen zum Evangelischen Stadtjugenddienst nach Hannover. Sie hatte zahlreiche ehrenamtliche gewerkschaftliche Funktionen inne: etwa als Vertrauensfrau, Betriebsrätin, Referentin im Jugendbildungsbereich und Mitarbeiterin in der Bildungskommission Frauen. Nach Immatureprüfung und Studium der Diplompädagogik arbeitete sie ab 1991 als hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin in der Bezirksleitung Rheinland-Pfalz/Saarland in Mainz. Schon ein Jahr zuvor trat sie in die SPD ein. In dieser Zeit heiratete sie auch ihren Mann, einen Pfarrer – damals durchaus ungewöhnlich für eine Gewerkschafterin. Ab

1997 war sie stellvertretende Leiterin des IG BCE-Landesbezirks Rheinland-Pfalz/Saarland. Acht Jahre später wurde sie in den geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE gewählt und startete sogleich eine Kampagne für »familienbewusste und chancengleiche Personalpolitik«. Seit drei Jahren ist sie stellvertretende Vorsitzende.

In ihrer knapp bemessenen Freizeit holt sich Edeltraud Glänzer beim Lesen, Kochen oder bei der Gartenarbeit die nötige Erholung und Ausdauer für ihre Arbeit. Im Urlaub zieht sie es gemeinsam mit ihrem Mann nach Griechenland. Beide lieben die griechische Kultur und die »aufgeschlossenen« Menschen.

Vor dem Hintergrund des geplanten Gesetzes zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen will Edeltraud Glänzer in ihrer Mairade auf dieses Thema eingehen. Mit dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen müsse endlich Schluss sein, fordert sie. Und die Gewerkschafterin wird natürlich auch etwas zur Situation der Flüchtlinge sagen. ▀



EDELTRAUD GLÄNZER

Foto: Franz Bischof

»Wir brauchen staatliche Investitionen und Solidarität statt Austerität«

Trotz schwächelnder Weltwirtschaft rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute für dieses Jahr mit einem leichten Wachstum von 1,7 Prozent in Deutschland. Gleichzeitig stellen die Flüchtlingsströme die Europäische Union vor große Herausforderungen. Die MAIZEITUNG sprach darüber mit Rudolf Hickel, emeritierter Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Bremen.



RUDOLF HICKEL (74) war bis zu seiner Emeritierung Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen und ist zurzeit am Institut Arbeit und Wirtschaft tätig. Er war 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jeweils zum 1. Mai ein Gegengutachten zum jährlichen Gutachten der »fünf Wirtschaftsweisen« herausgibt und ist bis heute dort aktiv.

Foto: privat

MAIZEITUNG: Der deutschen Wirtschaft geht es verglichen mit anderen Volkswirtschaften im Euroraum gut. Also alles in bester Ordnung?

Rudolf Hickel: Es gibt in der Tat eine positive Nachricht. Gewerkschaften und Wissenschaftler, die die Angebotslehre kritisieren, haben recht: Die höheren Reallohnabschlüsse, also der Lohnzuwachs abzüglich der Inflationsrate, hat den privaten Konsum und damit die Konjunktur gestärkt. Zur steigenden Lohnsumme in Deutschland konnte auch der Mindestlohn maßgeblich beitragen. Nach Berechnungen der Bundesbank hat sich die Lohnsumme, also die Summe aller bezahlten Löhne und Gehälter, durch den Mindestlohn deutlich verbessert. Gegenüber den Exporten, die im vergangenen Jahr mit über sechs Prozent deutlich gestiegen sind, konnte die Binnennachfrage aufholen. Da wegen der schwächelnden Weltwirtschaft und vor allem dem nachlassenden Importsog aus China in diesem Jahr die Ausfuhren nicht mehr derart wachsen werden, muss die Expansion der Binnenwirtschaft durch privaten Konsum und öffentliche Investitionen weiter gestärkt werden. Dazu gehören die fortgesetzte expansive Lohnpolitik und die Stabilisierung des Mindestlohnsektors.

Von der Krise im Euroraum hört man nur noch wenig in den Medien. Ist diese zum Großteil überwunden?

Der Euro ist erst einmal den Spekulanten einigermaßen erfolgreich entrissen worden.

Dafür verantwortlich sind der Rettungsfonds, der die Abwicklung der Staatsschulden übernimmt, und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Aber die Grundprobleme in der Eurozone sind überhaupt noch nicht gelöst. Wir reden kaum noch über Griechenland. Dort hat die Austeritätspolitik mit ihren Kürzungen bei den Staatsausgaben, vor allem im sozialen Bereich, die Ökonomie in eine tiefe Krise gezwungen. Auch in diesem Jahr ist nicht einmal mit leicht positiven Wachstumsraten in Griechenland zu rechnen. Wenn es nicht zu einem grundsätzlichen Positionswechsel weg von dieser Sparpolitik in Richtung eines Aufbaus der Wirtschaft, einer Stärkung der Wirtschaftskraft kommt, dann wird die Krise ganz schnell wieder sichtbar. Innerhalb der EU ist auch die Finanzmarktkrise nicht bewältigt. Es gibt zwar viele Maßnahmen dagegen, etwa gegen spekulative Geschäfte von Banken. Aber das reicht hinten und vorne nicht aus. Wir haben zusätzlich noch das Problem der Schattenbanken. Es gibt immer mehr Fonds, die viele Milliarden verschieben, aber nicht staatlich reguliert sind. Auch hier gibt es einen riesigen Handlungsbedarf.

Werden die Flüchtlinge die Eurokrise verschärfen?

Davon gehe ich überhaupt nicht aus. Die Flüchtlingskrise bringt zwar das gesamte europäische Unionsprojekt in unglaubliche Schwierigkeiten, weil sich zeigt, dass die Solidarität, die jetzt gebraucht wird, offensichtlich nicht

zustande kommt – vor allem durch osteuropäische Länder. Die Flüchtlingsintegration ist eine riesige neue Herausforderung, birgt aber auch große Chancen. In Deutschland kann man zeigen, dass eine gute Integrationspolitik am Ende auch der Wirtschaft und den Arbeitsmärkten nützt. Dazu ist aber erforderlich, dass die Zuwanderung nicht missbraucht wird zum Abbau von sozialen Standards. Das würde eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik unglaublich schwer belasten.

Die international vernetzte Wirtschaft warnt vor mehr Grenzkontrollen in Europa und befürchtet Milliardenverluste.

Der größte Fehler wäre in der Tat, man würde jetzt die Grenzen schließen, um bestimmte Flüchtlingsströme aufzuhalten. Der EU-Binnenmarkt hat eine unglaubliche Bedeu-

damit die Unternehmen mehr investieren und die privaten Haushalte mehr konsumieren. Ich weiß, dass die Sparer dafür einen hohen Preis bezahlen müssen und teilweise negative Realzinsen haben. Das heißt, wenn ich für mein Ersparnis 0,3 Prozent Zinsen kriege, eine Inflationsrate von einem Prozent habe, dann verliere ich real 0,7 Prozent. Aber ich sage den Sparerinnen und Sparern: Wenn diese Geldpolitik nicht gemacht würde, dann würde die Gefahr einer Deflation entstehen, eines Preisverfalls mit riesigen negativen Folgen für Wirtschaftswachstum und den Abbau von Arbeitsplätzen. Dann wären am Ende alle betroffen.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist trotz der lockeren Geldpolitik weiterhin schwach.

Die Kapazitäten vieler Unternehmen sind



»Ich gehe seit mehr als 20 Jahren regelmäßig am 1. Mai demonstrieren. Wir müssen raus auf die Straße, weil sozialer Fortschritt nur durch die Kraft von starken Gewerkschaften erreicht wird. Wir brauchen endlich eine sozial gerechte Politik für die breite Mehrheit der Menschen in Deutschland. Und wir müssen klar Flagge zeigen gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit! Die Würde des Menschen ist unantastbar – überall!«

Jens Schäfer
Betriebsratsvorsitzender WABCO Hannover

tung. Wir haben beispielsweise Zulieferbetriebe in Polen, es werden Waren nach Polen geliefert. Grenzkontrollen würden solche grenzüberschreitenden Logistikketten empfindlich treffen. Das gilt auch für die Just-in-time-Produktion, etwa in der Autoindustrie. Die Lager fahren heute auf der Autobahn. Zollkontrollen und Staus vor Schlagbäumen würden außerdem Millionen Pendler in den Grenzregionen treffen. Es lohnt sich, die Flüchtlingsströme ohne Grenzsperrungen zu bewältigen. Sonst zerbricht die EU auch als politische Union.

Die Europäische Zentralbank (EZB) steuert mit einer Politik des billigen Geldes gegen die Eurokrise. Die Zinsen sind auf einem historischen Tiefstand, und die Notenpresse wurde angeworfen.

Diese Strategie ist unvermeidbar. Sie versucht mit allen Mitteln, die Banken zu veranlassen, preiswerte Kredite zu vergeben,

nicht ausgelastet, weil es an Nachfrage fehlt. Warum sollen Unternehmen in dieser Situation investieren? Etwa in neue Maschinen, obwohl schon die bestehenden nicht ausgelastet sind? Dieses Dilemma kann nur der Staat durchbrechen, indem er mit einem Investitionsprogramm beispielsweise für Infrastruktur, etwa für marode Straßen und Schulen, die Nachfrage erzeugt. Das führt zu Aufträgen an die Wirtschaft, zu Beschäftigung. So verbessern sich Nachfrage- und Gewinnerwartungen, die Unternehmen investieren wieder mehr. Deshalb muss die expansive Geldpolitik der EZB - auch für die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum - dringend ergänzt werden durch eine expansive Fiskalpolitik. Die Reichen müssen diese staatlichen Investitionen über höhere Steuern finanzieren. Die richtige Geldpolitik scheidet zurzeit an der Austeritätspolitik, am EU-Fiskalpakkt, an der Schuldenbremsenpolitik. ▀



Individuelle Beratung
Motivierte Mitarbeiter
Starke Betriebe

Wir unterstützen Betriebe bei der Einstellung ungelernter Arbeitskräfte durch Zuschüsse, Qualifizierung und berufsbegleitendes Coaching.

Rufen Sie uns an! 0511 6559-2800
oder www.jobcenter-region-hannover.de

Das Projekt wird im Rahmen des Programms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES
ESF Europäischer Sozialfonds für Deutschland
EUROPEISCHE UNION
Zusammen. Zukunft. Gestalten.

www.bildungsverein.de

BILDUNGSURLAUBE FÜR ARBEITNEHMER/INNEN

außerdem Kurse und Wochenendseminare zu vielfältigen Themen: Kommunikation, Sprachen, Gesundheit, Alltag, Beruf

BILDUNGSVEREIN
SOZIALES LERNEN UND KOMMUNIKATION E.V.
GEMEINNÜTZIGE EINRICHTUNG DER ERWACHSENENBILDUNG

WEDEKINDSTR. 14 • 30161 HANNOVER
TEL. 0511 / 344 144 • FAX: 0511 / 338 798 42
E-MAIL: info@bildungsverein.de

Öffentlicher Dienst: Tarifforderungen mehr als gerechtfertigt und wirtschaftlich geboten



»Um konkurrenzfähig zu sein, müssen wir Fachkräfte gewinnen und jungen Menschen eine berufliche Perspektive bieten.«

DETLEF AHTING

ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen

Foto: ver.di

Eine Lohn- und Gehaltserhöhung um sechs Prozent und eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro im Monat – mit diesen Hauptforderungen sind die Gewerkschaften ver.di, dbb beamtenbund und tarifunion, GEW und die Gewerkschaft der Polizei in die Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen gegangen. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages für die 2,14 Millionen Beschäftigten soll zwölf Monate betragen. In Niedersachsen und Bremen profitieren rund 290.000 Beschäftigte direkt oder indirekt vom Tariffabschluss.

Die Gewerkschaften sehen ihre Forderungen als bezahlbar an. Denn die Wirtschaft brummt, und die Staatskassen sind so gut gefüllt wie lange nicht mehr: Viele Milliarden Überschuss in den öffentlichen Haushalten – das hatten sich die staatlichen Kassenwarte noch vor wenigen Jahren nicht einmal in den kühnsten Träumen vorgestellt. Trotzdem liegt die Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst noch immer hinter dem Durchschnitt der Tarifentwicklung der Gesamtwirtschaft zurück – und das in Zeiten, in denen vor allem die Binnennachfrage vor dem nächsten Krisenbruch schützt. Außerdem lässt auch der Konsum die Einnahmen des Staates steigen. Die Staatskassen dürften auch in den

Folgejahren gut gefüllt sein: Der jüngsten Steuerschätzung zufolge wird zwischen 2016 und 2019 ein Steuerplus von 14,3 Prozent beim Bund und 14,6 Prozent bei den Kommunen erwartet.

Keine Kürzungen bei betrieblicher Altersversorgung!

»In den nächsten Jahren scheiden mehr als 20 Prozent der Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst aus«, sagt Detlef Ahting, ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen. »Um konkurrenzfähig zu sein, müssen wir Fachkräfte gewinnen und jungen Menschen eine berufliche Perspektive bieten.« Dazu gehöre auch der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen und eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach ihrem Ausbildungsende. Der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse liegt im öffentlichen Dienst oberhalb von 15

betont Detlef Ahting. Die Politik müsse den Fuß von der Schuldenbremse nehmen.

»Die Auftragsbücher im Bauhauptgewerbe sind voll wie nie«

KAI SCHWABE

stv. IG BAU-Regionalleiter

Die IG BAU will die bundesweit rund 785.000 Beschäftigten des Bauhauptgewerbes an der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung der Branche teilhaben lassen. »Ob Hochbau, Tiefbau oder Wirtschaftsbau, die Auftragsbücher sind voll wie nie«, sagt Kai Schwabe, stellvertretender Regionalleiter der IG BAU Hannover. Allein der Wohnungsbau laufe auf Hochtouren. Neben 5,9 Prozent mehr Lohn und Gehalt für zwölf Monate fordert die Gewerkschaft eine monatliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro und die Wiedereinführung des Branchenmindestlohns II für

bei starken Betriebsräten der Fall. Viele auswärtige Beschäftigte müssen sich mit Containerunterkünften begnügen.

EVG kämpft für Azubis

Die Jugend der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft fordert im Rahmen der Verhandlungen zum Nachwuchskräfte-Tarifvertrag einen Mietkostenzuschuss für die Auszubildenden bei der Deutschen Bahn. Hintergrund ist die immer stärkere Zentralisierung der Ausbildung in Großstädten, wo die Kosten für eine Unterkunft meist besonders hoch sind. Viele müssen sich ein Zimmer oder eine kleine Wohnung anmieten, um rechtzeitig in der Schule oder im Betrieb zu sein. Die Mieten und Lebenshaltungskosten können die Azubis von ihren Vergütungen aber kaum bezahlen. Ähnlich geht es den Dual Studierenden. Nicht wenige der rund 10.000 Nachwuchskräfte sind kurz davor, in

Nachwuchskräfte der Bahn demonstrieren am EVG-Jugend-Aktionstag in Hamburg für den Mietzuschuss, damit sie nicht bald in Zelten kampieren müssen.

Foto: Philipp Collrep



Prozent und damit über der Privatwirtschaft. Abstriche bei der betrieblichen Altersversorgung, wie von den Arbeitgebern gefordert, kommen für die Gewerkschaften angesichts des sinkenden Rentenniveaus auf keinen Fall infrage. Allen Bürgermeistern und Landräten, die Beschäftigte gegen geflüchtete Menschen oder andere Bedürftige ausspielen, treten die Gewerkschaften entschieden entgegen. »Geld wäre genug da, wenn endlich auch die Reichen Steuern zahlen müssten«,

Fachwerker in Ostdeutschland. Damit will die IG BAU das seit 30 Jahren bestehende Tarifgefälle zwischen West- und Ostdeutschland angleichen. Darüber hinaus fordert die Gewerkschaft für die gewerblichen Beschäftigten arbeitsfreie Tage bei vollen Bezügen am Weihnachts- und Sylvestertag. Auszubildende sollen die Kosten für Übernachtungen und Fahrten durch die Arbeitgeber erstattet bekommen. Für auswärtige Beschäftigte soll es menschenwürdige Unterkünfte geben. Bisher ist das nur

Zelten vor den Ausbildungsstellen zu kampieren. Nach monatelangen Verhandlungen ist die Bahn bisher nur bereit, die künftigen Fach- und Führungskräfte bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Die EVG-Jugend findet das wenig attraktiv und will weiter Druck machen. Sie fordert auch eine Mobilitätszulage für jene Azubis, die etwa mangels Alternativen auf ein Auto angewiesen sind, einen einheitlichen Urlaubsanspruch und die Übernahme der Dual Studierenden nach der Ausbildung. ▀

Hartmut Meine zur aktuellen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie

MAIZEITUNG: Sie fordern fünf Prozent mehr Entgelt. Ist das angesichts minimaler Produktivitätszuwächse, Nullinflation und schwächelnder Weltwirtschaft realistisch?

Hartmut Meine: Die große Mehrheit der Betriebe rechnet mit einem gleichbleibenden oder steigenden Produktions- und Exportvolumen. Alle Forschungsinstitute gehen, trotz einiger weltwirtschaftlicher Unsicherheiten, für 2016 von einem stabilen Wachstum aus. Ich halte es für unverantwortlich, wenn Arbeitgeber vor diesem Hintergrund jetzt plötzlich von einem Scheinaufschwung sprechen. Aber wahrscheinlich jammern sie nur, weil die Tarifrunde ansteht. Fünf Prozent mehr Geld für zwölf Monate sind absolut gerechtfertigt und finanzierbar.

Nach der Lohnrunde im vergangenen Jahr, bei der die IG Metall 3,4 Prozent aushandelte, warnen die Arbeitgeber laut Medienberichten vor Wett-



HARTMUT MEINE (64), Bezirksleiter der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Foto: IG Metall

bewerbsnachteilen für die deutsche Wirtschaft. Konzerne würden Produktionen ins billigere Osteuropa verlagern.

Dass die IG Metall aufgrund ihrer Stärke in der vergangenen Tarifrunde ein gutes Ergebnis erzielt hat, will ich nicht bestreiten. Aber jedes Tarifiergebnis stellt einen Kompromiss dar, den Arbeitgeber und IG Metall unterzeichnen. Insofern wundere ich mich schon, dass der Eindruck erweckt wird, die IG Metall habe die Arbeitgeber in der vergangenen Tarifrunde über den Tisch gezogen. Mit Verlagerungen von Produktionsumfängen ins Ausland haben Arbeitnehmervertreter regelmäßig zu tun. Damit zu drohen, ist unverantwortlich und ruft den Widerstand der Beschäftigten hervor.

Welche Auswirkungen wird der VW-Skandal auf die Tarifrunde bei Volkswagen haben?

Die Beschäftigten von Volkswagen haben nicht geschummelt, sie sind für die Dieselfäule nicht verantwortlich. Deshalb haben wir klar formuliert: Wir werden keine Einschnitte in den Tarifvertrag hinnehmen. Falls VW-

Manager mit diesem Gedanken spielen sollten, kann ich sie nur warnen. Die Belegschaft wird das nicht akzeptieren. Es gibt keinen Grund warum VW-Beschäftigte schlechter behandelt werden sollten als Beschäftigte bei Daimler, BMW oder Porsche.

Werden bei VW nicht viele Leiharbeiter/innen ihren Job verlieren? Was tut die IG Metall dagegen?

Manchmal habe ich den Eindruck, dass einige meinen, dass die Leiharbeitsbeschäftigten bei Volkswagen in der Ecke stehen und nichts tun. Das ist natürlich Unsinn! Sie arbeiten hart. Bisher sind die Aufträge nicht dramatisch eingebrochen. Ich hoffe, dass das auch so bleibt. Falls notwendig, wird sich die IG Metall selbstverständlich für die Leiharbeitsbeschäftigten bei Volkswagen einsetzen, wie in der Vergangenheit auch. Es werden von Volkswagen aber wahrscheinlich nicht alle Leiharbeiter übernommen. ▀

»Angst vor Krankheit, Beschäftigungsende und Altersarmut«

Sprachlehrer/innen fordern bessere Bezahlung und soziale Absicherung



Integrationslehrkräfte demonstrieren auf dem Weg zum Landtag in der hannoverschen Innenstadt.
Foto: Fleischmann

Selbst wenn sie Vollzeit arbeiten, können sie kaum von ihrem Einkommen leben und haben meist keine soziale Absicherung. Rund 50 Integrationslehrkräfte aus Hannover gründeten deshalb das »Aktionsbündnis Deutsch als Fremdsprache«, das für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Dem Aktionsbündnis ist auch die GEW Hannover beigetreten. Die Sprachlehrer/innen haben alle einen Hochschulabschluss, viele können zusätzlich ein Referendariat vorweisen. Sie machen nicht nur die Teilnehmer/innen von Integrationskursen fitt für den deutschen Alltag. Zu ihren Aufgaben gehören auch qualifizierte Sprachausbildungen, um etwa eine Berufsausbil-

dung oder ein Studium aufnehmen zu können. Sie vermitteln zudem Grundlagen in deutscher Geschichte, Kultur und Politik. Von ihrer Arbeit hängt maßgeblich ab, ob die Integration gelingt. Trotzdem werden die Integrationslehrkräfte, meist Frauen, in der Regel mit Honorarverträgen abgespeist. Sie bekommen pro Unterrichtsstunde 23 Euro, Vor- und Nachbereitung inklusive. Da sie selbstständig sind, müssen sie die Renten- und Krankenversicherung komplett selbst bezahlen, und Steuern werden natürlich auch fällig. Am Monatsende bleiben zwischen 1.000 und 1.300 Euro netto übrig. Bei Krankheit gibt es kein Geld, bezahlter Urlaub ist ein

Fremdwort. Nicht Wenige müssen mit Hartz IV aufstocken, um überhaupt über die Runden zu kommen. Bei den wenigen festangestellten Lehrkräften sieht es kaum besser aus.

»Das ist ein Arbeiten in ständiger Angst«, beschreibt Kathrin Meyn vom Aktionsbündnis die Situation. »Angst vor Krankheit, Angst um die Weiterbeschäftigung, weil die Honorarverträge der Integrationslehrkräfte nur für hundert Unterrichtsstunden ausgelegt sind, und Angst vor Altersarmut. Ich kenne niemanden, die oder der nicht schon krank zur Arbeit gekommen ist.« Das Ausbleiben von nennenswerten Honorarerhöhungen führe seit Jahren zu realen Einkommensverlusten. Viele wechselten in den Schuldienst, berichtet die Sprachlehrerin. Die Bildungsträger, meist Volkshochschulen und Bildungsvereine, klagen über fehlenden Nachwuchs.

Die Dozent(inn)en richten ihre Forderungen in erster Linie an die Politik (siehe Kasten). Diese schiebt aber den Schwarzen Peter anderen zu. Landtagsabgeordnete und Kommunen verweisen die Lehrkräfte an die Bundespolitik und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die wiederum sehen die Bildungsträger in der Verantwortung. »Die Bildungsträger können uns aber nur vernünftig bezahlen, wenn sie wissen, dass sie in den nächsten Jahren genug Geld von Land, Bund und Bundesamt bekommen«, kritisiert Meyn.

Immerhin habe Niedersachsens Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljaji zugesagt, sich für eine Festanstellung einzusetzen. Das Aktionsbündnis regt eine finanzielle Beteiligung der Wirtschaft an, wenn es um die berufliche Sprachausbildung geht. Auf jeden Fall wollen Kathrin Meyn und ihre Mitstreiter/innen nicht locker lassen. »Wir werden auch zu den Bundestagsabgeordneten nach Berlin fahren.«

Die Integrationslehrkräfte fordern:

- Ein der Ausbildung und Qualifikation angemessenes Einkommen, angeglichen an das Gehalt von Berufsschullehrer(inne)n in Festanstellung oder als Honorarkräfte.
- Ein Stundenhonorar von 60 Euro.
- Bezahlten Urlaub.
- Eine soziale Absicherung wie bei Angestellten.
- Deutliche Erhöhung der Pauschale, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Trägern der Erwachsenenbildung, wie Volkshochschulen und Bildungsvereinen, zuweist.

Jobben im Alter: »Viele hören erst auf, wenn es nicht mehr anders geht«



Vom Arbeitsleben direkt in die Sozialhilfe – für immer mehr ältere Menschen in Deutschland ist diese Horrorvorstellung bittere Realität. Laut Statistischem Bundesamt hat sich seit 2003 die Zahl der Grundsicherungsbezieher/innen ab 65 Jahren zum Jahresende 2013 auf fast eine halbe Million Menschen verdoppelt. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein, weil viele aus Scham nicht zum Amt gehen. Zugleich jobben immer mehr Senior(inne)n, die meisten in Minijobs. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit arbeiteten im März 2015 bundesweit knapp 904.000 der über 65-Jährigen in Minijobs. Das sind fast doppelt so viele wie 2003, als knapp 533.000 Rentner/innen über 65 geringfügig beschäftigt waren.

»Früher haben Menschen im Ruhestand nebenbei gejobbt, um vielleicht ihren Enkelkindern zusätzlich etwas zu bieten, häufiger in Urlaub fahren zu können oder einfach

nur, um noch etwas zu tun zu haben«, sagt Katharina Lorenz vom Sozialverband Deutschland (SoVD) aus Hannover. Das habe sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert. »Insbesondere Frauen müssen heute im Alter jobben, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Meist gehen sie putzen, andere tragen frühmorgens die Tageszeitung aus.« Gründe seien oft Scheidung und fehlende Versorgungsansprüche, weiß die SoVD-Beraterin aus ihrer täglichen Arbeit. Im Falle eines Mannes berichtet sie gar von mehreren Jobs. Der knapp 70-Jährige habe morgens Zeitungen ausgetragen und nachmittags noch als Hausmeister oder Handwerker gearbeitet.

Die meisten von Armut betroffenen Seniore(inne)n kommen erst in die Beratung, wenn es mit dem Jobben einfach nicht mehr geht. »Ich schaffe das nicht mehr, jeden Tag putzen zu gehen. Ich weiß nicht mehr wei-

ter«, hört Lorenz häufig. Viele geben aus Scham einen anderen Grund für die Beratung an, etwa eine Schwerbehinderung. Erst im Laufe des Gesprächs, wenn die Menschen Vertrauen gewonnen haben, werde die zu geringe Rente genannt, erläutert Katharina Lorenz. »Wenn eine 75-Jährige putzen geht, dann ist klar, dass das aus schierer wirtschaftlicher Not geschieht. Das grenzt aus. Auf der anderen Seite grenzt auch aus, wenn man kein Geld hat«, beschreibt Lorenz den gesellschaftlichen Teufelskreis, in dem sich viele Ratsuchenden befinden. Die meisten bekommen eine Rente zwischen 700 und 800 Euro.

In der Beratung prüft Lorenz, welche Sozialleistungsansprüche die Senior(inne)n haben. Liegt die Rente etwa unter dem Sozialhilfesatz, können sie ergänzend Grundsicherung im Alter beantragen oder Wohngeld beziehen. Hinzu kommen die Befreiung von

den Radio- und Fernsehgebühren, die Möglichkeit, zur Tafel zu gehen und den HannoverAktivPass zu nutzen. Dieser ermöglicht freien Eintritt im Museum, günstigeren Mitgliedsbeitrag im Sportverein und weitere Ermäßigungen. Statt für 200 oder 300 Euro im Monat zu jobben, stehen ergänzend zur Rente in ungefähr gleicher Höhe Sozialleistungen zur Verfügung, kann Lorenz den Ratsuchenden oft vorrechnen. Vielfach muss die Beraterin dabei Berührungängste abbauen, manche geradezu überreden, damit die Menschen die Sozialleistungen auch tatsächlich beantragen: »Das ist nichts Schlimmes, wofür Sie sich schämen müssen. Nehmen Sie das in Anspruch!« Die meisten tun das dann auch. Befriedigend ist die Situation für Katharina Lorenz trotzdem nicht: »Haben diese Leute nach 40 Arbeitsjahren nicht mehr verdient, als auf solch einem Niveau leben zu müssen?«

RECHTSANWÄLTE & NOTAR

DETLEF FRICKE | JOACHIM KLUG | OLIVIA SIMATIC

WIR SETZEN UNS FÜR SIE EIN
ARBEITSRECHT
FAMILIENRECHT
NOTARIAT

GOSERIEDE 12
IM HAUS DER VER.DI-HÖFE
30159 HANNOVER
TELEFON: 0511 - 1 77 77 & 0511 - 70 07 40
E-MAIL: POST@FRICKE-KLUG.DE
WWW.FRICKE-KLUG.DE



BEITLICH

BRAUL

STROMBURG

TUSCH

Anwaltsbüro

Postkamp 12 · 30159 Hannover

Telefon 0511 · 32 63 01

Telefax 0511 · 363 26 77

info@bbs-anwaltsbuero.de

www.bbs-anwaltsbuero.de

PETRA BEITLICH

Fachanwältin für Familienrecht

HANS-HEINRICH BRAUL

Fachanwalt für Arbeitsrecht

SABINE STROMBURG

Fachanwältin für Miet- und Wohnungseigentumsrecht

MICHAEL TUSCH

Fachanwalt für Strafrecht

Mietpreisbremse hilft, Münchner Verhältnisse zu vermeiden

Mieterbundgeschäftsführer Randolph Fries im Interview

MAIZEITUNG: In Zukunft dürfen Vermieter/innen bei der Wiedervermietung einer Wohnung in Hannover maximal zehn Prozent mehr verlangen als die ortsübliche Vergleichsmiete. Ist das tatsächlich ein taugliches Mittel, um den Mietanstieg zu bremsen?

Randolph Fries: Wir haben aus Bundesländern, in denen es schon die Mietpreisbremse gibt, gehört, dass dort die Mietpreiserhöhungen zumindest zurückgegangen sind: zum Beispiel in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin, aber auch in Teilen Nordrhein-Westfalens. In Berlin sollen die Mieten sogar etwas gefallen sein.

Was bedeutet diese Erkenntnis für die Landeshauptstadt?

Die Mietpreisbremse lässt noch erkleckliche Sümmchen an Mieterhöhungen zu. Es geht darum, dass beim Einzug neuer Mieter die Mieten nicht über Gebühr angehoben werden. Der Rekord hier in Hannover liegt bei 52 Pro-

zent Mietsteigerung, damit muss Schluss sein! Deshalb ist es gut, wenn es bald die Mietpreisbremse gibt. Schon heute liegen die Quadratmeterpreise in Hannover im Durchschnitt zwischen sechs und sieben Euro. In Szenestadtteilen wie Linden sind es oft weitaus mehr. Verhältnisse wie in München, wo zwölf Euro und mehr verlangt werden, wollen wir nicht.

Die Mietpreisbremse hat auch Lächer. Ausgenommen sind umfassend modernisierte Wohnungen und Neubauten.

Wir haben uns immer vorstellen können, dass Neubauwohnungen in einer gewissen Weise ausgenommen werden. Denn wir wollen nicht die Neubautätigkeit in irgendeiner Form blockieren. Aber alle anderen Ausnahmen, wie zum Beispiel bei modernisierten



RANDOLPH FRIES ist Geschäftsführer des Mieterbundes Hannover und Präsidiumsmitglied des Deutschen Mieterbundes in Berlin.

Foto: Fleischmann

Wohnungen, finden wir sehr bedauerlich. Wünschenswert wäre auch, dass Verstöße gegen die Mietpreisbremse geahndet werden.

Die Bremse gilt außerdem nur fünf Jahre lang.

Das heißt nicht automatisch nach fünf Jahren, dass die Mietpreisbremse nie wieder kommt. Die kann natürlich verlängert werden. Das ist dann Ländersache. Wenn die Mietpreisbremse von Erfolg gekrönt ist, bin ich gespannt, ob sie verlängert wird.

Ist die Mietpreisbremse überhaupt juristisch »wasserfest«? Der Eigentümerverband Haus & Grund hat schon vollmundig angekündigt, dagegen zu klagen.

Wir haben eine klare Aussage des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr: Die Verfassungsbeschwerde gegen die Mietpreisbremse wurde nicht angenommen. Wir sehen der Klage gelassen entgegen.

Ganz offensichtlich wird die Bremse an der hohen Wohnkostenbelastung von Mieter(inne)n mit geringen und durchschnittlichen Einkünften kaum etwas ändern. Was braucht es noch, damit sich die Situation am Wohnungsmarkt bessert?

Wir brauchen ganz viel Geld für den sozialen Wohnungsbau. Die notwendige Wohnungszahl ist so groß, dass es die unternehmerische Wohnungswirtschaft alleine nicht schaffen wird, genügend Sozialwohnungen zu bauen. Wir brauchen auch den privaten Eigentümer, den privaten Vermieter. Da muss man sich andere Steuerungsinstrumente überlegen als für die Wohnungsgesellschaften: zum Beispiel steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten. Die Nachkriegsgeschichte lehrt uns, dass wir die Wohnungsprobleme nur zusammen mit Privateigentümern in den Griff bekommen haben. Mehr als die Hälfte aller Mietwohnungen gehören Privatleuten. ▀

Hannover: Wohnungsengpässe mit sozialer Wohnraumförderung begegnen

Die Wohnungsengpässe in Hannover spitzen sich immer mehr zu. Vor allem Menschen mit wenig Einkommen, Hartz-IV-Empfänger/innen, Asylbewerber/innen und Flüchtlinge haben riesige Probleme, eine bezahlbare Bleibe zu finden. Nicht wenige werden wegen steigender Mieten aus ihrem angestammten Wohnumfeld verdrängt. Das Angebot an Sozialwohnungen ist mit rund sechs Prozent des Wohnungsbestandes viel zu gering. Die Landeshauptstadt will zwar bis 2020 etwa 1.200 neue öffentlich geförderte Wohnungen bauen. Aber angesichts der nach wie vor auslaufenden Sozialbindungen wird sich an dem viel zu niedrigen Anteil an Sozialwohnungen nichts ändern. Auch im hannoverschen Umland werden preiswerte Wohnungen immer mehr zur Mangelware. Die von der Bundesregierung beschlossene steuerliche Förderung des Wohnungsbaus wird nach Auffassung des Deutschen Mieterbundes verpuffen. »Das ist ein 2,15-Milliarden-Euro-Geschenk an Investoren und Bauherren«, kritisiert Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten. »Niedrigere, weil steuerlich geförderte Baukosten bedeuten nicht automatisch niedrigere Mieten.« »Diese zusätzliche steuerliche Abschreibung sollten nur Unternehmen erhalten, die in den sozialen Wohnungsbau investieren«, unterstreicht Eckart Güldeberg. Der ehemalige Abteilungsleiter für Wohnungswesen und Städtebau im schleswig-holsteinischen Innenministerium und Professor für das Seniorenstudium an der Leibniz Universität Hannover hat einen Forderungskatalog erarbeitet, wie den Wohnungsengpässen beizukommen ist. Er verweist beispielgebend auf Wien.

Vorbild Wien

In der österreichischen Hauptstadt sind 42 Prozent aller Wohnungen Gemeinde- und Genossenschafts-Wohnungen. Dadurch haben rund 60 Prozent der Haushalte, also breite Schichten der Bevölkerung Zugang zu Sozialwohnungen. Umfang und Art der sozialen Wohnraumversorgung sind so organisiert, dass die oft befürchtete Ghettoisierung vermieden wird. Sozialwohnungen haben ein gutes Image. Möglich macht das vor allem der kommunale »wohlfonds_wien«. Diese

Institution beschafft Bauland, entwickelt Projekte des sozialen Wohnungsbaus und modernisiert den Wohnungsbestand aus einer Hand »vorbildlich und effizient«, wie Güldeberg betont. Wichtig ist die marktbeherrschende Rolle öffentlich geförderter Wohnungen, die auf der Gemeinnützigkeit eines Großteils der Wohnungswirtschaft fußt. Dazu tragen eine enge Abstimmung mit der Stadtplanung und umfangreiche staatliche Fördergelder bei.

Gemeinnützigen Wohnungsmarkt wiederbeleben

»Die Wohnkultur Wiens ist Ergebnis einer wohlfahrtsstaatlichen sozialdemokratischen Bundes- und Ratspolitik im Wohnungsreich«, sagt der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbau-Experte. Doch was bedeutet das für die Situation hierzulande? Güldeberg plädiert dafür, einen gemeinnützigen Wohnungsmarkt wiederzubeleben, den es bis 1989 schon einmal gab. Damals profitierten gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen von einer Steuerbefreiung. Daran anknüpfend regt Güldeberg an, Investoren, die Sozialwohnungen bauen wollen, von der Körperschafts- und Gewerbesteuer zu befreien, die Grunderwerbssteuer durch das Land abzusenken und die kommunale Grundsteuer zu ermäßigen. Als Investoren kann er sich nicht nur die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wie die Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover und die Kreissiedlungsgesellschaft vorstellen. Er denkt dabei auch an Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Baugemeinschaften und Stiftungen, bis zu Versicherungen und sozial eingestellten Wohnungsunternehmen.

Um den gemeinnützigen Wohnungsmarkt wiederzubeleben, geht er mit seinen Vorschlägen aber noch viel weiter. Um den weiteren Ausverkauf öffentlich geförderter Wohnungen zu verhindern, solle die Mietermitbestimmung nach skandinavischem Vorbild ausgebaut werden. In der dänischen Hauptstadt Kopenhagen etwa haben Mieter/innen beim Verkauf von Mietwohnhäusern die Möglichkeit, die von ihnen bewohnten Häuser mit einer Genossenschaft zum Verkehrswert zu übernehmen. Einmal öffent-

lich geförderte Wohnungen sollten dauerhaft in der Sozialbindung bleiben, fordert Güldeberg. Bisher ist in Niedersachsen nach 20 Jahren Schluss.

Auch die Kommunalpolitik ist gefordert

Die Landeshauptstadt solle beim Verkauf kommunalen und staatlichen Baulandes sowie bei der Ausweisung von Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung auf einen Drittelmix aus Miet-, Eigentums- und Sozialwohnungen achten, so Güldeberg. »Ein entsprechender Ratsbeschluss wäre wünschenswert.« Das werde in anderen Großstädten wie München oder Köln schon gemacht. Der hannoversche Ratsbeschluss zur Einhaltung des Passivhausstandards stehe dem Ausbau eines preiswerten Wohnungsmarktsegments entgegen und sollte rückgängig gemacht werden, fordert Güldeberg. Bisher müssen sich Wohnungsbaufirmen beim Kauf städtischer Grundstücke und bei Nutzung kommunaler Fördergelder verpflichten, beim Bau der Wohnungen besonders hohe Anforderungen zu Wärmedämmung und Energieverbrauch

einzuhalten. »Die geltende Energieeinsparverordnung reicht aus«, betont er.

Wieder mit Blick auf Wien regt er einen kommunalen »Wohnbaufonds Hannover« an. In diesen sollen die staatlichen Fördergelder als Darlehen von Kommune und Land fließen und so für den sozialen Wohnungsbau und den Bau von Flüchtlingsunterkünften zur Verfügung stehen. In schleswig-holsteinischen Kommunen sei das schon gängige Praxis. »Dadurch können Investoren 85 Prozent der Baukosten mit staatlichen Geldern gefördert bekommen«, sagt Güldeberg. Zugleich stünden die Darlehen nach ihrem Ablauf wiederholt und dauerhaft für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Beides sei bei Zuschüssen, welche die Stadt bisher zahlt, nicht der Fall. In einem weiteren Schritt könne man die Beschaffung und Vorhaltung von Bauland der verschiedenen Ämter und das Gebäudemanagement bündeln und dem Baudezernat der Stadt zuordnen. Mit Hilfe eines Flächenfonds, in den die Gelder aus den Baulandverkäufen fließen, könne die Stadt ein strategisches Flächenmanagement betreiben. ▀



Beratung sofort nach Beitritt.

DMB Deutscher Mieterbund Hannover e.V.

Kompetente Hilfe bei allen Fragen zum Mietrecht.

Unsere Mitglieder wissen mehr!

Bürostunden

Mo., Di., Do.: 8.00–17.00 Uhr
Mi.: 8.00–18.30 Uhr
Sa.: 10.00–13.00 Uhr

Außenstellen | Geschäftsstelle

Celle, Schaumburg (Obernkirchen)
Nienburg, Hoya, Springe, Neustadt.

Herrenstraße 14 · 30159 Hannover
Telefon 0511/121060
info@dmh-hannover.de
www.dmh-hannover.de

TTIP: »Neuer Freihandelsentwurf täuscht die Öffentlichkeit«



Foto: anandoart (2) | shutterstock

Laut einer Emnid-Umfrage hält nur ein Viertel der Bundesbürger das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) für eine gute Sache. Viele Bürger/innen befürchten, dass das Abkommen EU-Standards aufweichen oder gar abschaffen könnte und so Genfood und Chlorhühnchen den Weg in die Supermärkte finden. Dagegen sorgen sich Nichtregierungsorganisationen besonders um die geplanten Investitionsschiedsgerichte.

TTIP sah bisher vor, dass Konzerne Staaten vor privaten Investorenschiedsgerichten auf Schadenersatz verklagen können, wenn politische Regulierungen ihre Gewinnaussichten schmälern. Nach Lesart der Konzerne

Probleme, dem Freihandelsabkommen so zuzustimmen. Die EU-Kommission hat nun einen neuen Vertragsentwurf auf den Tisch gelegt. Diesen finden Kritiker/innen aber kaum besser als den bisherigen. Der neue Vertragsentwurf sei eine Täuschung der Öffentlichkeit, um Akzeptanz für TTIP zu schaffen, kommentiert Pia Eberhardt von der lobbykritischen Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory.

Umstrittene Klageprivilegien für Konzerne bleiben

Der Teufel steckt wie häufig im Detail: Befürworter/innen des Freihandelsabkommens loben die Idee, ein Regulierungsrecht für Staaten im Vertragstext zu verankern.

Schadenersatzentscheidungen würden gerade nicht verhindert. Standards zum Schutz von Beschäftigten und Umwelt könnten nach wie vor unter Druck geraten. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Aufzählung unklarer Rechtsbegriffe wie »verschleppte Bürokratie«, »offensichtliche Willkür« oder »Machtmissbrauch«, die Konzernanwälte als Klagehilfe gegen unerwünschte Gesetzesvorhaben dienen können.

Kritik gibt es außerdem am europäischen-kanadischen Freihandelsabkommen Ceta. Zwar wird auch hier in der Frage der umstrittenen Schiedsgerichte nachgebessert. Trotzdem bleibe es bei einer exklusiven Parallelgerichtsbarkeit für Konzerne, bemängeln Nichtregierungsorganisationen. Wie bei TTIP kritisieren sie die geplante sogenannte regulatorische Zusammenarbeit. Gemeint ist die Anhörung von Unternehmen bei Gesetzes-



»Die 1.-Mai-Kundgebung in Hannover ist für mich der wichtigste Pflichttermin im Jahr, den ich auch mitten im Urlaub nicht versäumen würde.«

Werner Preissner
Betriebsratsvorsitzender Kaufhof Hannover

Auch bei den nun geplanten Investitionsschiedsgerichten sollen nicht unabhängige Richter/innen mit festem Gehalt über Investitionsklagen entscheiden, sondern Jurist(inn)en. Sie sollen neben einer monatlichen Pauschale von 2.000 US-Dollar noch deutlich höhere Tagessätze erhalten. Das kritisiert auch der Deutsche Richterbund. Er zweifelt nicht nur an der Unabhängigkeit der vorgesehenen Schiedsrichter/innen »in fachlicher und finanzieller Hinsicht«. Fachleute müssen die Schiedsrichter/innen nur im Internationalen Investitionsrecht sein,

vorhaben. Diese gibt es bisher schon auf freiwilliger Basis und könnte mit den Freihandelsabkommen zur Pflicht werden. Konzernlobbyisten können dann massiven Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen.

Haltlinien beim Dienstleistungsabkommen TISA

Beim derzeit auch verhandelten weltweiten Dienstleistungsabkommen TISA hat das Europäische Parlament mittlerweile Haltlinien eingezeichnet. Öffentlicher Dienst und Kultur sollen von der »Liberalisierung« ausgenom-



»Im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung ist Solidarität umso wichtiger. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gewinnt immer mehr an Bedeutung. Deshalb zeige ich Flagge am 1. Mai.«

Ulli Busch
Betriebsgruppenvorsitzender TUI Business Services



Umwelt- oder Arbeitsrecht spielen keine Rolle. Der Richterbund teilt auch die Kritik zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteure, die wie der DGB ein Sondergericht für Investoren schlicht für unnötig halten. Die Rechtssetzungsbefugnis der EU und der Mitgliedsstaaten werde eingeschränkt und das bisherige Gerichtssystem geändert, mahnt der Richterbund.

men und die Standards des europäischen Datenschutzes nicht gesenkt werden. Einmal gemachte Privatisierungen sollen rückgängig gemacht werden können. Bisher hieß es laut TISA: einmal privatisiert, immer privatisiert. Nicht durchbringen konnte sich das Parlament zum Instrument der Positivlisten, womit nur Bereiche liberalisiert werden könnten, die ausdrücklich darin festgelegt sind. ▀

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Steffen Holz
Redaktion: Michael Fleischmann, info@fleischmann-consult.de
Steffen Holz, steffen.holz@dgb.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@anettegilke.de
Herausgeber: DGB Region
Niedersachsen-Mitte, Hannover
Druck: Druckzentrum Braunschweig

können das Arbeitnehmerrechte und andere soziale sowie gesundheitliche Standards oder Umweltschutzaufgaben sein. Als Paralleljustiz sollten die Privatgerichte mit Anwälten besetzt sein, die im Gegensatz zu unabhängigen Richter(inne)n bestimmte Interessen vertreten. Wegen massiver Proteste gegen TTIP bekam das EU-Parlament wohl

Danach darf TTIP nicht das Recht von Staaten berühren, »notwendige« und »legitime« Maßnahmen zu verankern, die dem Schutz der Gesundheit, Sicherheit oder Umwelt dienen. Doch wann ist eine Maßnahme notwendig oder legitim? Für TTIP-Kritiker/innen handelt es sich bei der neuen Formulierung nur um vage Interpretationsvorgaben. Horrende



IM GESAMTEN TARIFGEBIET MIT DER NELKE ZUM TRAMMPLATZ!

Die Mai-Nelke und der Pin berechtigen in diesem Jahr am 1. Mai zur kostenfreien Nutzung aller Verkehrsmittel der GVH-Partner (2. Wagenklasse ganztägig im gesamten GVH-Gebiet bis Betriebsschluss zum Trammplatz und zurück.

Nutzen Sie das Angebot und tragen Sie das Mai-abzeichen gut sichtbar für eventuelle Kontrollen.

GVH Unterwegs im Leben

www.dgb.de/erstermai2016
1. MAI 2016

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

VIEL ERREICHT UND NOCH VIEL VOR! **DGB**

ÜBERSICHT DER VERANSTALTUNGEN DES DGB AM NEUEN RATHAUS IN HANNOVER MAIKUNDGEBUNG & FEST FÜR DEMOKRATIE

VERANSTALTUNGEN, FREITAG, 1. MAI

9.00 UHR TREFFEN ZUM AUFMARSCH
 FREIZEITHEIM LINDEN, Windheimstraße 4

10.00 UHR ABMARSCHZEIT

11.00 UHR HAUPTKUNDGEBUNG AUF DEM TRAMMPLATZ
 Begrüßung: **Reiner Eifler**
 Geschäftsführer DGB Region Niedersachsen-Mitte
 Grußwort: **Stefan Schostok**
 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
 Mairrednerin: **Edeltraud Glänzer**
 Stellvertretende Vorsitzende der IG BCE
 Beitrag der DGB-Jugend
Werner Preissner
 Vorsitzender DGB Region Hannover

**12.00 UHR – 18.00 UHR INTERNATIONALE MAIFEIER
 FEST FÜR DEMOKRATIE**

12.00 UHR – 16.00 UHR MASALA AUF DEM TRAMMPLATZ
 12.00 Uhr **DANIEL PUENTE ENCINA & BAND**
 13.30 Uhr **EMERSOUND**
 15.00 Uhr **CHANGO LEON**

12.00 UHR – 16.00 UHR GROSSES FESTZELT
 Hauptprogramm **RE-PLAY**

**12.00 UHR – 17.00 UHR JUGENDBÜNDNIS
 GRÜNFLÄCHE NEBEN DEM NEUEN RATHAUS**

12.00 UHR – 17.00 UHR KINDERMEILE
 Kinder- und Jugendverbände machen Angebote

AUSSERDEM: Zelte und Stände von Kirchen und Verbänden, Infomeile, Ausstellungen, Aktionen und Attraktionen

VERANSTALTUNGEN, SAMSTAG, 30. APRIL
 DGB-FESTZELT AM NEUEN RATHAUS (GRÜNFLÄCHE)

15.00 UHR SENIORENNACHMITTAG
 Kaffee, Kuchen mit einem Theaterstück von Senioren für Senioren: »(K)EIN HAPPY-END«. Aufgeführt von der Theatergruppe des Seniorenbeirates Hannover
 Grußworte: **Anne Gerdum**, Sprecherin des AK-Senioren im DGB
Stefan Schostok, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
 Eintritt: 5,00 Euro inkl. Kaffee und Kuchen

20.00 UHR KABARETT AM VORABEND
 Einlass ab 19.00 Uhr **ANNY HARTMANN:**
 »IST DAS POLITIK, ODER KANN DAS WEG?«
 Infos dazu auf Seite 12



DIESES JAHR ERWARTET DIE KINDER:

Im KINDERZELT wird wieder GESPIELT und GEBASTELT. Außerdem gibt es eine HÜPFBURG, KINDERSCHMINKEN und um 13.00 Uhr den KINDERZIRKUS SALTO.



Masala auf dem 1.-Mai-Fest

Nach der traditionellen Maikundgebung der hannoverschen Gewerkschaften bringt das MASALA-Programm auf der Bühne am NEUEN RATHAUS auch in diesem Jahr drei Bands mit tollen Rhythmen mit gut gewürzten Mischungen. Wir freuen uns auf das Konzerterlebnis auf dem Trammplatz in Hannover.

DANIEL PUENTE ENCINA & BAND

Boogaloo Blues, 60s Latin Soul, Samba Funk



»Furious Latin Blues« nennt der Chilene Daniel Puente Encina eine seiner musikalischen Kreationen. Sein Quintett ist 2016 auf Deutschlandtour, nachdem er 2015 vier Konzerte auf dem renommierten 31. Internationalen Festival Jazz Plaza in Havanna gegeben hat. Seine Musik gilt als »retrofuturistisch« und »multikulturell«. Viele seiner Songs sind in den Fatih Akin-Filmen »Kurz und schmerzlos«, »Im Juli« und dem internationalen Kino-Erfolg »Gegen die Wand« zu hören.
www.danielpuenteencina.com

Emersound

Brazilian Grooves meet Latin Reggae (Bra-Mex-Ge)

Der brasilianische Musiker Emerson Araujo hat schon 2 Karrieren in Brasilien und Chile hinter sich. Jetzt hat er endgültig seinen Lebensmittelpunkt nach Berlin verlegt und startet mit seiner Band Emersound die nächste Karriere in Europa. Er ist als Perkussionist in einer der großen Sambaschulen (Vai Vai) Sao Paulos aufgewachsen. Neben vielen brasilianischen Stilen, Rhythmen und Elementen haben Reggae und HipHop sowie nahezu alle denkbaren Latinstile immer einen festen Platz in seinem musikalischen Horizont gehabt.

<https://vimeo.com/138322798>



Chango Leon



Sie kommen aus Mexiko, Polen und Kolumbien, leben jetzt im Rheinland und spielen Salsa, Cumbia und modernen Reggaeton; die Abwandlung lateinamerikanischer Musik mischt sich mit der Energie des psychedelischen Rocks der 1970er Jahre bis heute. Die Instrumentierung ist einfach: E-Bass, Baby Bass, E-Gitarre und Schlagzeug mit E-Pads / Perkussion. Sie verzichten auf Loops und schaffen es, die unterschiedlichen Musikwelten zu verbinden.

[Youtube.com/watch?v=6bCffboDz80](https://www.youtube.com/watch?v=6bCffboDz80)

Musik im großen Festzelt



RE-PLAY

»Let's Rock!« Am laufenden Band Hits.

AC/DC und Bruce Springsteen über Status Quo bis hin zu Manfred Manns Earth Band, Foreigner, Toto und auch Elvis... Musikalisches Können und das besondere »Feeling« reissen die Partygemeinde sofort mit! Dazu kommt eine umwerfende Bühnenshow. Unser Motto: »Let's Rock!« www.re-play.at

KIRCHEN ZUM 1. MAI IM ÖKUMENISCHEN KIRCHENZELT »FARBENFROH UND VIELFÄLTIG«

Begegnungen und Gespräche, Zelt-Café und Cocktails, Information der katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirche beim Fest für Demokratie auf dem Trammplatz.

ab 12.30 Uhr **TALK AN DER WELTKUGEL**
»SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT – WAS VERSTEHEN WIR DARUNTER?«
 DIALOG ZWISCHEN RELIGIONEN, GEWERKSCHAFTEN UND POLITIK

Evangelisch-lutherischer
 Stadtkirchenverband
HANNOVER

kda
 kirche-arbeitswelt.de

Katholische Kirche in
 der Region Hannover

Haus der Religionen

Erfolgreiche Bilanz beim Mindestlohn

Mehr Geld im Portemonnaie, mehr sozialversicherungspflichtige Stellen



Foto: shutterstock

«Wer vorher vor der Vernichtung von Arbeitsplätzen und dem großen Unternehmenssterben gewarnt hatte, wurde eines Besseren belehrt: Im vergangenen Jahr gab es so wenige Firmenpleiten wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Die Beschäftigung in Deutschland nahm kontinuierlich zu. Der Mindestlohn führte zu deutlichen Verdienstzuwächsen bei den Beschäftigten.

Fünf Millionen Beschäftigte profitieren

Laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung profitieren zwischen 4,8 und 5,4 Millionen Beschäftigte, die im Jahr 2014 einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro hatten, vom Mindestlohn. Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne lagen im dritten Quartal 2015 um zwei Prozent höher als im Vorjahre-

Ein Jahr nach Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde sprach ver.di-Chef Frank Bsirske von einem »strategischen Erfolg der deutschen Gewerkschaftsbewe-

gung«. Der ostdeutsche Einzelhandel, das Gastgewerbe, die Wach- und Sicherheitsdienste und »sonstige personennahe Dienstleistungen«, zu denen etwa Wäschereien und Frisöre gehören, verzeichnen kräftige Steigerungen. Am stärksten legten die Löhne im Gastgewerbe zu: im Schnitt um 2,9 Prozent, im Osten um 8,6 Prozent. Im produzierenden Gewerbe wurde in der Fleischverarbeitung bis zum dritten Quartal ein Zuwachs von insgesamt 5,6 Prozent erreicht.

Positive Nachrichten auch für Minijobber/innen. In den ersten drei Quartalen 2015 stiegen ihre Löhne deutlich stärker als die der übrigen Beschäftigten. Allein im ersten Quartal nach Einführung des Mindestlohns erzielten Minijobber/innen im Schnitt doppelt so hohe Einkommenszuwächse wie die Gesamtheit der Arbeitnehmer/innen.

Im Oktober 2015 gab es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 713.000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies entspricht einem Zuwachs um 2,3 Prozent. Einen Rückgang von knapp 133.000 Stellen gab es bei den Minijobs. Daraus könne aber

zeichne das Gastgewerbe mit einem Plus von 6,6 Prozent.

Trotz dieser positiven Entwicklung, bleibt noch einiges zu tun. Die Gewerkschaften kritisieren nicht nur bisherige Ausnahmen vom Mindestlohn, etwa für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten. Der DGB fordert auch dringend mehr Personal für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll, damit der Mindestlohn wirklich überall ankommt. Die Arbeitgeber müssen merken, dass Mindestlohnverstöße keine Bagatellen sind.

Baldige Anhebung geboten

Der Mindestlohn muss rasch steigen. Beschäftigte, die ihren kargen Lohn mit Hartz IV aufstocken müssen, haben sich nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit in den neuen Bundesländern in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres zwar um 10,4 Prozent verringert. In den alten Bundesländern sank die Zahl der Aufstocker/innen aber nur um 1,8 Prozent. Die WSI-Forscher/innen weisen darauf, dass der deutsche Mindestlohn weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens, man spricht auch vom Medianlohn, in Deutschland ausmacht. Nach gängiger Definition müsse der Mindestlohn damit als Armutslohn betrachtet werden, so die Wissenschaftler/innen. In der Diskussion um eine europaweit koordinierte Mindestlohnpolitik werde oft eine Untergrenze von 60 Prozent des Medianlohns im jeweiligen Land als angemessen betrachtet. Nähme man diese Messlatte auch für Deutschland, müsste der Mindestlohn auf mehr als zehn Euro steigen. Oberhalb dieser

Eure und Ihre Stimme gegen den Krieg!

Von Rainer Butenschön

Werden wir morgen noch in Frieden leben? So fragen sich viele Menschen besorgt beim Blick auf das von Kriegen und Krisen aller Art geprägte blutige Weltgeschehen. Doch: »Die Frage ist nicht, wird uns die Zukunft Frieden bringen?« So hat der Physiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, Hans-Peter Dürr, in einem Vortrag vor dem hannoverschen Friedensbüro gemahnt, sondern: »Was müssen wir heute unternehmen, damit wir künftig zusammenleben können?« Es ist eine Frage an jede und jeden von uns. In die Schlächtereien unserer Tage können wir Bürger/innen zwar nicht direkt eingreifen. Aber wir können und müssen – im eigenen Interesse – etwas dagegen tun. Hier, vor Ort, bei uns! Gerade zu Ostern sind wir von der Ostermarschbewegung für atomare Abrüstung wieder aufgerufen, unsere Stimme zu erheben für Frieden und Mitmenschlichkeit!

Machen wir uns klar: Die Kriege in der Ukraine, in Syrien, im kurdischen Teil der Türkei, in Afghanistan, Irak, Jemen, Libyen, Sudan oder Mali und vielen anderen Ländern sind genauso wie die Flüchtlingsbewegungen rund um den Globus der blutige Widerschein einer inhumanen, überwiegend undemokratischen und zutiefst ungerechten Welt. Diese Kriege sind der Widerschein einer Welt(un)ordnung, in der ein Prozent der Weltbevölkerung, die Superreichen, mehr Vermögen aufgehäuft hat, als die 99 Prozent der vielfach in Hunger und Elend lebenden Mehrheit der Weltbevölkerung gemeinsam besitzen. Diese eine Welt der kapi-



Foto: shutterstock

talistischen »Globalisierung« ist nicht friedensfähig! Wir Bürger/innen müssen deshalb dieser »Globalisierung« demokratische, rechtsstaatliche, sozialstaatliche, umweltschützende und antimilitaristische Grenzen setzen.

Dies wird uns nicht gelingen, mit noch mehr Krieg! Dies wird uns nicht gelingen mit noch mehr Waffen, mit noch mehr Militär! Dies wird nicht gelingen mit noch »moderneren Atomwaffen«, wie sie jetzt in Rheinland-Pfalz stationiert werden. Dies wird nicht gelingen mit Säbelrasseln und auf den Schlachtfeldern dieser Welt bombenden Bundeswehrsoldat(inn)en! Dies wird nur gelingen durch eine Politik, die den sozialen Ausgleich organisiert, die auf Diplomatie und Kooperation auch mit Russland setzt: Eine Politik, die sich kompromisslos für Abrüstung und Völkerverständigung stark macht, statt mit unfairer Handelspolitik, Waffenexporten und Kriegseinsätzen alles noch schlimmer und brutaler zu machen. ▀

Positiver Saldo auf Arbeitsmarkt

Im Oktober 2015 gab es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 713.000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies entspricht einem Zuwachs um 2,3 Prozent. Einen Rückgang von knapp 133.000 Stellen gab es bei den Minijobs. Daraus könne aber

»Welcher Tag im Jahr ist eher geeignet sich Gehör zu verschaffen, als am Tag der Arbeit. Massiv gegen den Missbrauch von Werkverträgen zu demonstrieren, die Stimme für »gleiche Arbeit – gleiches Geld« zu erheben oder auf die Tarifrunden einzustimmen. Wir kämpfen gemeinsam für mehr!«



Bertina Murkovic
stv. Betriebsratsvorsitzende Volkswagen Nutzfahrzeuge

nicht auf eine entsprechende Zahl von Arbeitsplatzverlusten geschlossen werden, schreibt das WSI in seiner Pressemitteilung. Dafür spreche die deutliche Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Stellen im Gastgewerbe, Handel und bei »sonstigen Dienstleistungen« – Bereiche, in denen Minijobs weit verbreitet sind. »Allein in diesen drei Bereichen entstanden zwischen Oktober 2014 und Oktober 2015 rund 220.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen«, heißt es. Den größten Zuwachs ver-

Marke liegen auch die meisten tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müsste der Mindestlohn sogar 13 Euro betragen, um Armut im Alter beim derzeitigen Rentenniveau zu verhindern.

Im Sommer tritt die Mindestlohnkommission zusammen. In dem aus Gewerkschafts- und Unternehmerseite bestehenden Gremium soll eine »Anpassung« des Mindestlohns beraten werden, die dann Anfang 2017 in Kraft tritt. ▀

ZEIGT FLAGGE FÜR DEN FRIEDEN!

Samstag, 26. März
12.00 Uhr
Ostermarsch-
kundgebung
Kröpcke, Hannover!

Für Frieden und Mitmenschlichkeit, gegen Kriegshetze und Rassismus!

GVH | Unterwegs im Leben

Jetzt GVH Tickets online kaufen!

Die GVH App
Eine App – alles drin!

- ▶ Fahrpläne in Echtzeit
- ▶ Datenübertragung in den Kalender
- ▶ Dynamisch erzeugte Karten
- ▶ Sonderverkehre und Umleitungen immer aktuell

gvh.de

Bärbel Hirsch

Anwaltskanzlei für Arbeitsrecht

Solidarische Grüße!

Bärbel Hirsch
Anwaltskanzlei für Arbeitsrecht
Escherstr. 14
30159 Hannover

Tel. 0511 162 906 40
Fax 0511 162 906 39
Mail kanzlei@baerbelhirsch.de
www.baerbelhirsch.de

Bundesregierung plant gravierende Verschlechterungen bei Hartz IV

Die Erwerbsloseninitiativen laufen derzeit Sturm gegen geplante Gesetzesänderungen bei Hartz IV. Mit einer sogenannten Rechtsvereinfachung sollen die Vorschriften für die Jobcenter einfacher zu handhaben sein, wie es offiziell zur Begründung heißt. Doch dies geschieht zu Lasten der Leistungsbezieher/innen. So sollen etwa die Leistungen für Heizkosten beschnitten werden. Bei Erwerbstätigen, die aufstockend Hartz IV beziehen, sollen Freibeträge eingeschränkt und mehr Einkommen angerechnet werden. Dadurch sinkt der Leistungsanspruch. Der Lebensunterhalt von Kindern, die abwechselnd bei ihren getrennten Elternteilen wohnen, wird noch weniger gedeckt sein als heute. Leistungsberechtigten, denen unterstellt wird, sie würden nicht genug tun, um ihre Hilfebedürftigkeit zu verringern oder zu beenden, droht eine Rückzahlungspflicht der Leistungen.

Bundesverfassungsgericht fordert Verbesserungen

Die Erwerbsloseninitiativen sind besonders sauer, weil das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber im Juli 2014 Vorgaben gemacht

hatte, die sich günstig auf die Leistungsansprüche auswirken würden. So muss bei den Regelsätzen die tatsächliche Entwicklung der Stromkosten berücksichtigt werden. Zudem sahen die Verfassungsrichter die Gefahr, dass das Existenzminimum unterschritten wird, wenn ein Kühlschrank, eine Waschmaschine oder eine Brille angeschafft werden muss und forderten Verbesserungen. »Diese Vorgaben müssen endlich beim Hartz-IV-Änderungsgesetz umgesetzt werden«, fordert Klaus-Dieter Gleitze von der Landesarmutskonferenz Niedersachsen. »Hartz IV soll das Minimum an Geld gewährleisten, das ein Mensch mindestens zum Leben braucht. Also verbieten sich Kürzungen. Minimum ist Minimum. Grundrechte kürzt man nicht!« Das gelte umso mehr, weil schon der geltende volle Regelsatz viel zu niedrig sei und nicht zum Leben reiche, unterstreicht Inga Schmalz vom Arbeitskreis Arbeitslose Linden. Zunächst hatte das Bundesarbeitsministerium angekündigt, zumindest die verschärften Sanktionen für junge Erwachsene unter 25 Jahren abzuschaffen. Doch auf Druck der CSU steht das nicht mehr im Gesetzentwurf.

Die Mauer zwischen Arm und Reich haben Erwerbsloseninitiativen symbolisch am Weltarmutstag im Oktober vergangenen Jahres auf dem Kröpcke in Hannover eingerissen.

Foto: Landesarmutskonferenz Niedersachsen



Sanktionen sind oft rechtswidrig: Vier von zehn werden von den Sozialgerichten kassiert. Jährlich gebe es bis zu 1.000 Änderungen bei den Vorschriften und Ausführungsbestimmungen, betont Inge Hannemann, die

als »Hartz-IV-Rebellin« bekannt wurde. »Die können die Jobcenter-Mitarbeiter gar nicht alle nachlesen.« Die 47-jährige Hamburgerin muss es wissen. Sie hat jahrelang in Jobcentern gearbeitet. ▀

Land muss Versprechen einlösen: Ausbildungsplatzgarantie überfällig!



Obwohl sich SPD und Grüne im Landtagswahlkampf zu einer Ausbildungsplatzgarantie für alle Ausbildungsinteressierten bekannt und in ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben, lässt diese weiter auf sich warten. Das ist nach Auffassung des DGB fatal. Die duale Berufsausbildung führt zwar in der öffentlichen Wahrnehmung nur ein Schattendasein, aber zu unrecht: Denn mehr als die Hälfte aller jungen Leute eines Jahrgangs beginnen eine betriebliche Ausbildung. Dabei gehen Jahr für Jahr viele beim Run auf die Ausbildungsplätze leer aus. Obwohl die weitaus meisten Bewerber/innen nach den Kriterien der Arbeitsagentur als »ausbildungsfähig« gelten, landen sie im sogenannten Übergangssystem (siehe Kasten). Es handelt sich oft um Warteschleifen mit fragwürdigen Perspektiven. Rund 54.600

abgeschlossenen Ausbildungsverträgen standen im vergangenen Jahr 38.855 Jugendliche entgegen, die mit dem »Übergangssystem« vorlieb nehmen mussten (Diese Zahlen beziehen sich auf Niedersachsen). Im Ergebnis bleiben rund 14 Prozent aller jungen Erwachsenen in Niedersachsen dauerhaft ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Für den DGB ist das »Übergangssystem« deshalb gescheitert. Er fordert die rot-grüne Landesregierung auf, endlich ihre Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Jugendliche, die aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, brauchen eine staatlich geförderte außerschulische betriebsnahe Berufsausbildung, die mit einer Kammerprüfung abschließt. In Hamburg und Bremen ist das schon gängige Praxis. ▀

Zum »Übergangssystem« zählen:

- Berufseinstiegschulen
- Berufsfachschulen ohne Abschluss
- Maßnahmen der Arbeitsagentur
- Förderprogramme des Landes

Typisch: prekäre Situation für junge Beschäftigte

Angst vor Altersarmut und hohe Arbeitsbelastung bei geringer Bezahlung: Prekäre Arbeit ist gerade für junge Beschäftigte zur Normalität geworden. Laut der DGB-Studie »Arbeitsqualität aus der Sicht von jungen Beschäftigten« sind mehr als ein Viertel der unter 35-Jährigen atypisch beschäftigt. Sie haben befristete Arbeitsverträge, eine Teilzeitstelle, einen Minijob und/oder einen Leiharbeitsvertrag. Bei den unter 25-Jährigen liegt der Anteil sogar bei rund 46 Prozent. Die meisten der jungen atypisch Beschäftigten sind befristet eingestellt. Damit sind sie dreimal so oft von dieser unsicheren Anstellung betroffen als ihre

älteren Kolleginnen und Kollegen, gleiches gilt für die Leiharbeit. Große Unterschiede gibt es bei der Verteilung von Voll- und Teilzeitbeschäftigung in Bezug auf die Geschlechter: Während bei den unter 35-jährigen Männern nur vier Prozent in Teilzeit arbeiten, sind es bei den jungen Frauen 36 Prozent.

Mit einem monatlichen Bruttolohn von weniger als 1.500 Euro müssen etwa 31 Prozent der jungen Arbeitnehmer/innen auskommen. Rund 52 Prozent halten ihr Einkommen für nicht angemessen in Bezug auf die geleistete Arbeit. Rund 60 Prozent haben Angst, dass ihre Rente »nicht oder

gerade ausreichen« wird. Die Jüngeren belastet zudem Zeitdruck (33,7 Prozent), Mehrarbeit im Vergleich zum Vorjahr, die in der gleichen Zeit zu erledigen ist (32,6 Prozent) und ein für den Lebensunterhalt »nicht oder nur gerade« ausreichendes Einkommen (31,5 Prozent). Von Arbeitshetze und Zeitdruck wird vor allem aus dem Gesundheitswesen (72,5 Prozent) und dem Baugewerbe (69,2 Prozent) berichtet. Knapp 61 Prozent der jungen Beschäftigten machen regelmäßig Überstunden, fast 16 Prozent bekommen dafür kein Geld, und mehr als 65 Prozent gehen auch krank zur Arbeit. ▀





unidruck GmbH & Co KG
Offset- und Digitaldruck
Banner und Plakate

Weidendamm 19
 30167 Hannover
 Telefon 0511-7 000 000
 info@unidruck.de
 www.unidruck.de

Das merk ich mir!

- Arbeitsrecht
- Mietrecht
- Reiserecht
- Strafrecht
- u. v. m.

Rechtsanwälte
 Thannheiser und Koll.

Rühmkorfstraße 18
 30163 Hannover

Telefon (0511) 990 490
 Telefax (0511) 990 49 50

rechtsanwalt@thannheiser.de



www.thannheiser.de

Müllwerker und Müllwerkerinnen laufen Sturm gegen neues Wertstoffgesetz

Die Müllwerker/innen nicht nur in der Region Hannover machen sich große Sorgen um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Hintergrund ist der Entwurf für ein neues Wertstoffgesetz, welcher der Bundesregierung zurzeit vorliegt. Danach soll künftig das Einsammeln der lukrativen Wertstoffe – auch von Nichtverpackungen aus Kunststoff und Metall – über eine zentrale Stelle ausgeschrieben und der privaten Abfallwirtschaft zugeschoben werden. Im Rahmen hoheitlicher Aufgaben sammeln diese Materialien bisher öffentlich-rechtliche Unternehmen mit Tarifbindung im öffentlichen Dienst ein, darunter auch der kommunale Abfallentsorger aha im Raum Hannover. Dazu kommt die Vergabepraxis des Dualen Systems Deutschland (DSD), das für die gelben Wertstoffsäcke zuständig ist. DSD erlaubt privaten Firmen, Angebote nachträglich zu unterbieten. Aus diesem Grund hat aha das Einsammeln der gelben Wertstoffsäcke

seit Anfang des Jahres im hannoverschen Umland an die private Konkurrenz Remondis verloren. Nachdem aha im Ausschreibungsverfahren bereits das günstigste Angebot abgegeben hatte, wurde diese Ausschreibung aufgehoben und durch eine neue ersetzt. In der neuen Ausschreibung hat Remondis offensichtlich das aha-Angebot unterboten und schließlich den Zuschlag erhalten. In der Landeshauptstadt droht aha das gleiche Schicksal.

»Auf dem Rücken der Beschäftigten und Gebührenzahler«

Mit dem neuen Wertstoffgesetz wird diese »Rosinenpickerei« der privaten Entsorger auf die Spitze getrieben. aha ist dann nur noch für die teure Entsorgung des Restmülls zuständig, wichtige Erlöse aus dem Wertstoffbereich gehen verloren. »Wir machen uns große Sorgen um den Erhalt unseres Betriebes und unserer



Wertstoffgesetz, für den Ausstieg aus dem dualen System in seiner jetzigen Form und für eine Abfallwirtschaft in kommunaler Hand ausgesprochen. Trotzdem müsse die Kommunalpolitik bei den Bundestagsabgeordneten in Berlin noch mehr Lobbyarbeit gegen das Wertstoffgesetz machen, wünscht sich Ludwig.

Weg mit Restabfallsäcken im hannoverschen Umland!

Auch die Sackabfuhr beim Restmüll im hannoverschen Umland treibt die Müllwerker/innen um. Kein Wunder: Denn das Werfen der meist schwer befüllten Abfallsäcke in die Müllwagen geht auf den Rücken. Bisher können die Umlandbewohner/innen zwischen Sack und Tonne wählen. Ein Bürgergutachten zur Zukunft der Abfallwirtschaft hat sich nun für die Abschaffung der Sackabfuhr und für die einheitliche Einführung der Mülltonne wie in der Landeshauptstadt ausgesprochen. Das sei kostengünstiger als die bisherige Doppelstruktur und wirke sich deshalb dämpfend auf die Müllgebühren aus, argumentieren die Bürgergutachter/innen. Insgesamt 50 repräsentativ ausgewählte Bürger/innen aus Stadt und Umland haben in dem Gutachten ihre Vorstellungen zu Papier gebracht. Michael Ludwig hofft, dass die Regionspolitiker/innen diese Empfehlung nun auch umsetzen werden. ▀

Arbeitsplätze«, sagt Michael Ludwig, Personalratsvorsitzender bei aha. »Wir erwarten mit gleicher Sorge, dass durch das Ausbleiben der Wertstoff Erlöse die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger steigen, kostenlose kommunale Dienstleistungen wie die Wertstoffhöfe unter die Räder kommen und die regionale Steuerungsfähigkeit der Abfallwirtschaft verloren geht. Wir lehnen dieses Bundesgesetz auf dem Rücken der Beschäftigten und der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler ab.«

Der Bundesrat hat sich gegen das Wertstoffgesetz ausgesprochen. Auch die Kommunalpolitik hat Position bezogen. Die Mehrheit der Regionsversammlung hat sich gegen das



»Der Maifeiertag ist der Tag, an dem alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer traditionell mit ihren betrieblichen, aber auch politischen Forderungen auf die Straße gehen. Wenn Arbeitnehmerinteressen betroffen sind, gilt es, laut und sichtbar Solidarität zu zeigen. Nur gemeinsam erreichen wir viel. Es tut gut, zusammen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus allen Branchen diesen Tag verbringen zu können.«

Michael Ludwig
Personalratsvorsitzender Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover

Christiane Benner zur digitalen Revolution in den Betrieben

MAIZEITUNG: Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Arbeitswelt?

Christiane Benner: Der Begriff Digitalisierung ist zunächst einmal eine Chiffre für eine tiefgreifende Transformation, die alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft erfasst. Sie verändert die Art, wie wir kommunizieren, wie wir wirtschaften, wie wir unsere Demokratie gestalten und vor allem wie wir in Zukunft arbeiten werden. Was die Arbeitswelt betrifft, so sind mit der Digitalisierung große Chancen, aber auch enorme Risiken verbunden. Als IG Metall sind wir entschlossen, die Chancen zu nutzen und die Risiken zu begrenzen. Es ist unser Ziel, gemeinsam mit den Beschäftigten eine Arbeitswelt zu gestalten, in der nicht die Technik, sondern die Bedürfnisse der Beschäftigten im Vordergrund stehen und in der es fair und gerecht zugeht. Deshalb haben auch in der digitalen Arbeitswelt sichere Arbeitsplätze, ein tariflich geregeltes Entgelt, gute

Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung für uns höchste Priorität.

Welche Chancen sehen sie? Können Sie ein Beispiel nennen?

Zum einen kann die Digitalisierung die Arbeitswelt humaner machen – zum Beispiel indem technische Assistenzsysteme bei schwerer körperlicher Arbeit für Entlastungen sorgen. Wenn die neuen Roboter bald ihre Käfige verlassen, können sie Facharbeiter zum Beispiel bei belastenden Über-Kopf-Arbeiten oder beim Heben schwerer Bauteile unterstützen. Damit können dann nicht nur ältere Beschäftigte länger und gesünder in der Produktion arbeiten. Zum anderen kann die Digitalisierung durch mobiles Arbeiten zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu mehr Zeitsouveränität führen.



CHRISTIANE BENNER
ist Zweite Vorsitzende der IG Metall.

Foto: IG Metall

Arbeitsmarktforscher rechnen damit, dass durch die digitale Revolution unterm Strich zehntausende Arbeitsplätze wegfallen. Vor allem bisherige Facharbeiter/innen sollen betroffen sein.

Von derartigen Horrorszenarien sollte sich niemand verunsichern lassen. Erstens sind solche Prognosen nicht neu, und zweitens haben sie sich bisher ebenso selten bewahrt wie der Blick der Wahrsagerin in Ihre Glaskugel. Bei der Einführung des sogenannten »Computer Integrated Manufacturing« in den 1980er Jahren wurde schon einmal vor menschenleeren Fabriken gewarnt. Wir wissen heute, dazu ist es nicht gekommen.

nationale Arbeitsgesetzgebungen umgangen. Wenn wir nicht frühzeitig gegensteuern, wird damit einem Unterbietungswettbewerb bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen Tür und Tor geöffnet. Klar ist: Wir akzeptieren nicht, dass auf dem Rücken der Beschäftigten Kosten gespart werden indem reguläre durch prekäre Beschäftigung ersetzt wird. Wir sind gegen eine Amazonisierung der Arbeitswelt und rechtsfreie Räume wie im Silicon Valley! Deshalb haben wir bereits vor einem Jahr mit unserer Website www.faircrowdwork.org eine Plattform geschaffen, auf der sich Crowdworker austauschen und vernetzen sowie die Arbeitsbedingungen auf Crowdworking-Platt-



»Außer bei Tarifverhandlungen stehen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unseren Gewerkschaften nie so im Fokus der Öffentlichkeit wie am 1. Mai. Wir wollen Zeichen setzen für soziale Gerechtigkeit, faire Löhne, Gleichberechtigung und gute Arbeit. Deshalb bin ich dabei.«

Thomas Zwiebler
Betriebsratsvorsitzender Volkswagen Nutzfahrzeuge

GVH | Unterwegs im Leben

Jetzt GVH Tickets online kaufen!

Die GVH App Eine App – alles drin!

- ▶ Fahrpläne in Echtzeit
- ▶ Datenübertragung in den Kalender
- ▶ Dynamisch erzeugte Karten
- ▶ Sonderverkehre und Umleitungen immer aktuell

gvh.de

Autos werden immer noch von Menschen gebaut. Deshalb bin ich überzeugt: Die Digitalisierung ist eine Chance, wenn es uns gelingt, eine Arbeitswelt zu gestalten, in der es fair und gerecht zugeht.

Gleichzeitig steigt die Zahl der digitalen Tagelöhner/innen, sogenannte Crowdworker/innen, die ihre Arbeitsaufträge als Soloselbständige, meist ohne jede soziale Absicherung und zu Dumpinghonoraren über digitale Plattformen erhalten. Was macht die IG Metall? Neben Leiharbeit und Werkverträgen setzen die Unternehmen nun auch Crowdworker ein, um Arbeit zu verlagern und Kosten zu senken. Dabei werden geltende Tarifverträge, nationale Lohnregelungen wie der Mindestlohn oder

formen bewerten können. Das ist ein erster Schritt, um gemeinsam mit Crowdworkern ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Kann die Digitalisierung der Arbeitswelt auch positive Effekte für die Beschäftigten haben?

Viele Beschäftigte wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten. Sie wollen eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neben der Arbeit von zu Hause ermöglicht die Digitalisierung, kreativer und hierarchiefreier zu arbeiten. Mobiles Arbeiten muss leichter, Schichtpläne durchlässiger und die Reduzierung der Arbeitszeit in gewissen Lebensphasen erleichtert werden. Wir wollen, dass Menschen auch von zu Hause arbeiten können – aber sie müssen auch ein Recht auf Abschalten haben. ▀

Kirchen und Gewerkschaften gegen »verkaufsoffene Sonntage«

Die Beschäftigten des Einzelhandels müssen immer häufiger auch sonntags arbeiten, weil immer mehr sogenannte verkaufsoffene Sonntage genehmigt werden. Zugespielt hat sich der Konflikt um die geplante Sonderöffnung am 27. Dezember vergangenen Jahres und damit unmittelbar nach dem 2. Weihnachtsfeiertag in Hannover. Dieser Sonntag war für viele Verkäufer/innen eine Möglichkeit, nach dem anstrengenden Weihnachtsgeschäft einen Tag mehr zur Erholung zu bekommen. ver.di konnte den Shopping-Sonntag zwar mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht verhindern, weil die höchst mögliche Zahl der Einkaufssonntage schon ausgeschöpft war. In anderen Fällen setzen sich dagegen die Kaufleute oft durch.

Da der 1. Mai dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, wollen Kirchen und Gewerkschaften gemeinsam darauf pochen, dass der im Grundgesetz garantierte Schutz des Sonntags erhalten bleibt. Geplant ist ein spezieller Gottesdienst (siehe Kästen). »Über Jahrhunderte hinweg hat sich der Sonntag als allgemeiner Besinnungs-, Begegnungs- und Ruhetag bewährt«, betont Landesozialpfarrer

Michael Klatt vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt. »Es ist der einzige Tag in der Woche, der sich ökonomisch nicht rechnen muss. Mit zunehmender Sonntagsarbeit sind wir dagegen auf dem besten Weg in eine Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft. Eine so strukturierte Gesellschaft verliert auf Dauer ihren Zusammenhalt, weil sich Menschen nicht mehr zweckfrei begegnen können«, mahnt Klatt.

Für Verkäufer/innen besonders belastend

Besonders drastisch sind die Auswirkungen der Sonntagsarbeit für die Verkäufer/innen in den Warenhäusern, weil ihr Wochenende eh schon viel kürzer ist als für Beschäftigte anderer Wirtschaftsbereiche. »Jede Sonntagsarbeit ist deshalb eine zusätzliche Belastung«, betont Werner Preissner, Betriebsratsvorsitzender bei Kaufhof in Hannover. »Daran ändert weder die Tarifvergütung noch die mögliche Freiwilligkeit des Arbeitsensatzes etwas.« Beides ist zudem Mangelware in der Branche, weil die meisten Einzelhandelsbetriebe keinen Tarifvertrag und kei-



Foto: shutterstock

nen Betriebsrat haben. Überstunden werden einfach angeordnet, die Beschäftigten können sich nicht dagegen wehren.

Die Gewerkschaften rechnen noch in diesem Jahr mit einer Änderung des Niedersächsischen Ladenöffnungsgesetzes. Der Gesetzentwurf werde sich wahrscheinlich an Sachgründen als Voraussetzung für Sonntagsöffnungen orientieren und den Gewerkschaften eine Mitsprache bei der Auswahl der »verkaufsoffenen

Sonntage« einräumen, vermutet Werner Preissner. Möglicherweise werde auch der Katalog mit den Tabu-Sonntagen erweitert. Gemeint sind Sonntage, an denen die Geschäfte keinesfalls öffnen dürfen. Dazu könnten alle Sonntage im Dezember, der 1. Mai und sogenannte Brückentage gehören. ▀

Besonderer Gottesdienst am 1. Mai

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) lädt am Tag der Arbeit um 10.00 Uhr zu einem Gottesdienst in die Marktkirche Hannover ein, bei dem es um die Sonntagsarbeit gehen wird. Lea Arnold als Vertreterin des DGB und eine Betriebsrätin aus dem hannoverschen Einzelhandel nehmen dazu Stellung. Die Predigt hält Landesozialpfarrer Michael Klatt. Alle sind herzlich eingeladen, unabhängig von ihrer Glaubens- oder Kirchenzugehörigkeit. Eine rechtzeitige Teilnahme an der DGB-Kundgebung ab 11.00 Uhr auf dem Trammplatz wird möglich sein.

»Angriff auf Rechtsstaat und Menschenrechte«

Nachdem es eine Zeit lang ruhig um die AfD geworden war, hat ihr die Flüchtlingskrise in die Hände gespielt. Die AfD scheint sich im bundesdeutschen Parteiensystem zu etablieren. Die MAIZEITUNG sprach darüber mit Hajo Funke, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Rechtsextremismusforscher an der Freien Universität Berlin.

MAIZEITUNG: Warum erhält die AfD so viel Zuspruch bei Umfragen und Wahlen?

Hajo Funke: Man wird sehen, ob das so anhält. Diese Partei greift einerseits den Protest gegen Kompetenzschwächen der Bundesregierung in der Bewältigung der Flüchtlingsfrage auf. Aber sie ist auch eine Partei, die den Protest und die Ängste gnadenlos radikalisiert und das Ressentiment gegen den Sündenbock, den Flüchtling, den Migranten, den Muslim mobilisiert. Das war nicht immer so, jedenfalls erheblich eingegrenzt unter Führung von Bernd Lucke und seiner Professorenriege. Aber diese Partei des Lucke gibt es nicht mehr.

Wie ist es zu dieser Radikalisierung gekommen?

Es gab im Sommer vergangenen Jahres auf dem Essener Parteitag einen Putsch. Die Radikalen um Frauke Petry, Alexander Gauland und Björn Höcke haben die Partei übernommen und machintern abgesichert. Das erfolgte durch die Umbesetzung einer Schiedskommission, die die vielen Parteiausschlüsse, die man vorhatte, unterbunden hat. Mit der Folge, dass in den Landesverbänden, auch in Niedersachsen, vor allem die mittleren Kader, vielfach Mitglieder der vom Verfassungsschutz beobachteten Partei »Die Freiheit«, nun ihre Arbeit machen. Zur Radikalisierung trägt bei, dass die gesamte Parteispitze, von Petry über Höcke bis Gauland und andere, verbale Brandfackeln in die Öffentlichkeit wirft, die nach über einem Jahr Pegida-Mobilisierung auch zur Anfeuerung von Gewalt beitragen.



Foto: Nic Frank

Was meinen Sie mit »verbalen Brandfackeln«?

Nehmen wir Alexander Gauland, der wiederholt sagt, dass der Untergang Roms durch den Ansturm der Barbaren erfolgt sei und damit Deutschland meint. Das mag Geschichtsklitterung sein, aber er weiß, was er tut. Das ist Agitation. Nehmen wir Björn Höcke, der in biologischer rassistischer Manier, wie wir es aus dem Nationalsozialismus kennen, von den genetisch fruchtbaren Afrikanern und den dekadenten Europäern spricht und deswegen gegen die Schwarzafrikaner mobilisiert. Nehmen wir Frauke Petry und Beatrix von Storch, die den Schießbefehl wieder in Gang setzen wollten – übrigens eine Aussage, die vorher schon von Mar-

Hajo Funke lehrte bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2010 am Institut für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sein Schwerpunkt liegt auf Untersuchungen zu Rechtsextremismus und Antisemitismus.

cus Pretzell, AfD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen, mit Unterstützung von Alexander Gauland gemacht worden ist. Wir haben in der Breite der Parteispitze eine rassistisch-völkische Mobilisierung, insbesondere gegen die arabischen Flüchtlinge. Das ist der Angriff auf Rechtsstaat und Menschenrechte, und es hat Folgen auch für den inneren Zusammenhalt einer freiheitlichen sozialen Republik.

Hat diese neue AfD einen gewalttätigen Kern?

Sie hat einen Kern in gewalttätiger Ideologie und in gewaltförender Ideologie. Seit dem Auftreten der Pegida-Bewegung im Oktober 2014 haben sich innerhalb von drei Monaten die Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime verdoppelt. In dieser Zeit hat Alexander Gauland diese rassistische Bewegung als natürlichen Verbündeten der AfD erklärt, weit vor dem Putsch in der Partei. Das heißt, dieser Teil der Partei war von vornherein darauf aus, gnadenlos zu radikalisieren unter Inkaufnahme der Gewaltwelle, die wir seither haben.

Was kann die Zivilgesellschaft, was können die demokratischen Parteien gegen die AfD tun?

Man muss vier Sachen gleichzeitig tun. Erstens ein gutes Krisenmanagement in der Bewältigung der internationalen und nationalen Flüchtlingslage machen. Man muss zweitens die Ver-

unsicherung, die Verwirrung, die Ängste anhören, Ernst nehmen, aufgreifen und nicht zuletzt eine sozialere Politik als bisher machen. Zugleich aber strikt jede Radikalisierung, Rassisierung solcher Ängste abweisen. Drittens ist eine Politik gefordert, die die Polizei, die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt, der Gewaltwelle von rechts und natürlich auch solcher furchtbaren Ereignisse wie in der Sylvesternacht in Köln entschieden und wirksam entgegenzutreten. Die Polizei muss präsenter sein, und sie muss gut geführt werden, was im Falle von Köln und im Falle von Heidenau bei Dresden zu wünschen übrig ließ. Wie konnte man vier Tage lang zulassen, dass die Gewalt gegen das Flüchtlingsheim in Heidenau immer weiter eskalierte? Das Beste ist natürlich eine Öffentlichkeit, eine Politik und eine Zivilgesellschaft, die sich an die Seite der Flüchtlinge stellt. Eine Willkommenskultur, die die Traumatisierungen eindämmt, die den Flüchtlingen eine Perspektive bietet, solange sie bleiben: durch Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildung und da, wo es geht, mit Jobs.

Dafür brauchen die Kommunen aber auch genügend Geld.

Natürlich. Der Magier mit der schwarzen Null soll mal eine vernünftige Finanzpolitik machen, die den Kommunen auch entsprechende Ressourcen zuspielt. ▀

VERANSTALTUNGEN

Vortrag/Diskussion

DIE AFD ALS PARTEI DER NEUEN RECHTEN?

Zur aktuellen Entwicklung der Partei und ihrer spezifischen Erfolgsbedingungen

Mo. 11.04. | 19:00 Uhr | ver.di-Höfe | Gosieriede 10 | 30159 Hannover

Referent: Alexander Häusler, Autor und Soziologe

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der FH Düsseldorf – FORENA

Die AfD erzielte jüngst bei Landtags- und Kommunalwahlen bemerkenswerte Erfolge und steht bei Umfragen konstant im zweistelligen Bereich. Trotz offen rassistischer Entgleisungen, einer völkisch-nationalistischen Kampfrhetorik und demokratiefeindlicher Positionen scheint der Höhenflug der AfD nicht zu stoppen. Etabliert sich die AfD dauerhaft als politische Kraft am äußersten rechten Rand? Dazu sollen an diesem Abend die politischen Inhalte und die im Hintergrund wirkenden Netzwerke untersucht werden.

Eine gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, dem Bildungswerk ver.di Hannover, der VVN-BdA Hannover sowie der DGB-Region Niedersachsen-Mitte.

Vortrag und Ausstellung

UDO ACHTEN: DENN WAS UNS FEHLT IST ZEIT

Zur Geschichte des Achtstundentages

Mo. 25.04. | 18:00 Uhr

DGB-Haus Hannover

Otto-Brenner-Straße 1

30159 Hannover

Schon am 1. Mai 1890 stand die Forderung nach dem Achtstundentag im Zentrum der gewerkschaftlichen Forderungen und scheint bis heute nichts an Aktualität verloren zu haben.

AfD kein »Anwalt der kleinen Leute«

Gern präsentiert sich die AfD als »Partei der kleinen Leute« gegen »die da oben«. Auch mit ihren Warnungen vor Zuwanderern vernebelt die AfD ihre Absichten. In Wirklichkeit stehen die Rechtsaußen weiterhin für eine neoliberale Politik zu Lasten der kleinen Leute. Die AfD lehnt den Mindestlohn ab, ist gegen die überfällige Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen und will die Reichen steuerlich noch

stärker entlasten. So will die AfD die Erbschaftsteuer abschaffen. Die Partei orientiert sich am Steuerkonzept von Paul Kirchhoff. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter hat einen einheitlichen Steuersatz von 20 bis 25 Prozent für alle Jahreseinkommen über 20.000 Euro vorgeschlagen. Danach müssten Millionäre genauso viel Steuern wie Krankenschwestern oder Bandarbeiter/innen zahlen. ▀

Türkei: »Kriegshandlungen unverzüglich einstellen!«

Der Freundeskreis Hannover-Diyarbakir hat einen Appell an hannoversche Mitglieder des Land- und Bundestages, des EU-Parlamentes, sowie an die Mitglieder des Rates der Stadt und der Region Hannover gesendet, den die MAIZEITUNG gekürzt wiedergibt:



»Der Freundeskreis Hannover-Diyarbakir ist zutiefst über die Situation im Südosten der Türkei besorgt. Zehntausende fliehen aus ihrer Heimat, Hunderte sind getötet. Wir fürchten um das Leben von weiteren Kindern, Jugendlichen, Frauen und alten Menschen. Und das alles ohne Not, denn der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK war auf einem guten Weg. (...)

Tag für Tag können wir sehen, was in der Türkei passiert, kritischen Journalisten wird der Prozess gemacht, Gewerkschafter, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden verhaftet, demokratische Kräfte verfolgt, durch die sinnlosen Kämpfe Kulturgüter zerstört und Menschen, die für den Frieden eintreten, wie der Vorsitzende der Anwaltskammer Diyarbakir Tahir Elci, werden in Diyarbakir auf offener Straße erschossen. Tahir Elci war Mitglied des Freundeskreises Diyarbakir-Hannover in Diyarbakir. (...)

Wir erwarten, dass die Verantwortlichen des Bundes und der Europäischen Union, vom Präsidenten der Türkei und der türkischen Regierung verlangen, die Kampfhandlungen sofort einzustellen und die Ausgangssperren aufzu-

heben. Die Einstellung der Kampfhandlungen verlangen wir auch von der PKK. Beide Seiten müssen an den Verhandlungstisch zurück. (...)

Wir verstehen, dass die Türkei eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen hat und dass Deutschland und Europa in dieser Frage mit der Türkei zusammenarbeiten wollen und müssen. Doch das darf uns nicht daran hindern, den repressiven und autoritären Führungsstil von Staatspräsident Erdogan zu kritisieren und die Einhaltung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten einzufordern, zumal Erdogan durch sein Verhalten täglich neue Flüchtlinge in seinem Land und darüber hinaus produziert.

Deshalb bittet der Freundeskreis Hannover-Diyarbakir Sie:

- die Bundesregierung aufzufordern, auf Präsident Erdogan und die türkische Regierung einzuwirken, die Kriegshandlungen unverzüglich einzustellen und den Friedensprozess wieder aufzunehmen,
- von der Europäischen Kommission, dem Europaparlament, aber auch von der Bundesregierung zu verlangen, dass die seitens der EU zugesagten 3 Milliarden Euro Hilfszahlungen an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpft werden und das Geld nicht nur nach Ankara geschickt wird, sondern dass auch ein Teil des Geldes direkt an die betroffenen Kommunen geht,
- auf die Bundesregierung einzuwirken, dass die von ihr zugesagten erhöhten Mittel der Entwicklungshilfe von der Türkei zum Wiederaufbau der zerstörten Städte in Kurdistan eingesetzt werden, damit die Menschen zurück in ihre Heimatstädte gehen können,
- zu erkennen, dass weder die EU noch das deutsche Parlament bei der bekannten Sachlage, die Türkei als »sicheres Herkunftsland« einstufen darf.

(Es folgen drei weitere Forderungen nach Entsendung von Delegationen des Rates, des Landtages nach Diyarbakir und nach einem Gespräch mit dem türkischen Generalkonsul in Hannover, MAIZEITUNG)

Für den Freundeskreis Hannover-Diyarbakir, 4. Februar 2016
Dr. h. c. Herbert Schmalstieg Dr. Leyla Ferman

18. Oktober 2010:
Demonstration vor dem Gericht in Diyarbakir, in dem ein Prozess gegen die PKK stattfand.

Foto:
Thomas Koch | shutterstock

KABARETT AM VORABEND

Anny Hartmann: »Ist das Politik, oder kann das weg?«



30.04., DGB-Festzelt am Neuen Rathaus (Festwiese)

Ist es 20:15 oder doch eher 17:15? Läuft da »Brisant« oder doch die »Tagesschau«. Die klassischen Nachrichten driften immer mehr in den Boulevard ab und man versteht gar nicht mehr, Wichtiges und Unwichtiges zu unterscheiden. Anny Hartmann bringt in ihrem Programm »Ist das Politik, oder kann das weg?« Licht ins Dunkel und trennt echte Aufreger von puren Ablenkungsmannövern. Sie ist unbequem und gesellschaftskritisch, das aber mit viel Humor und grundsümpathisch.

Volker Pispers sagt über sie: »Anny Hartmann hat verstanden, dass man, um Unterhaltung zu machen, nicht nur Humor braucht, sondern vor allem eine Haltung. Außerdem besitzt sie als Diplomvolkswirtin auch noch Hirn. Sie vereint in Ihrer Person also die drei großen H des Kabarets: Haltung, Humor, Hirn. Das sollten Sie sich angucken.« Also: nichts wie hin.....

Beginn: 20.00 Uhr

Einlass: 19.00 Uhr

Vorverkauf:

11,00 Euro/9,00 Euro

Abendkasse:

13,00 Euro/11,00 Euro

Kartenvorverkauf:

DGB

Otto-Brenner-Straße 1

30159 Hannover

Vorbestellungen:

Telefon 0511.16387-0

MASALA
Das 21. MASALA-Festival | 20. – 29. Mai 2016
HIGHLIGHTS



Tony Allen
Foto: Bernard Benant

Zur Eröffnung am 20. Mai kommt die nigerianische Schlagzeuglegende **Tony Allen**. Zusammen mit Fela Kuti hat er in den siebziger Jahren den Afrobeat geschaffen. DIE ZEIT beginnt ihren Artikel über Tony Allens neues Album »Film of Live« mit dem Satz: »Eine Erzählung über Tony Allen ist immer in Superlativen gefasst, handelt von Legendenbildung und Zauberei.« Er ist ein Musikschamane und einer der größten Instrumentalisten unserer Zeit.

Am 21. Mai kommt einer der ganz Großen aus Jamaica: Mit **Max Romeo** werden wir die erfolgreiche Reggaenacht des letzten Jahres auch in diesem Jahr feiern.



Max Romeo

Auch 2016 wird die niedersächsische Musiklandschaft vertreten sein, diesmal durch Kurt Kloßes Latin Orchester **HAVANA**, das am 27. Mai im großen Saal des Kulturzentrums Pavillon auf das **Helsinki-Cotonou Ensemble** aus Finnland und Benin trifft.

Am Samstag, 28. Mai, trifft mit **Chico Trujillo** eine der populärsten Bands aus Chile auf das ganz neue Projekt **Ginkgo** aus Frankreich. Chico Trujillo entstammt ursprünglich der Cumbia-Punk-Szene und ist in Chile inzwischen allgegenwärtig. Seit einigen Jahren tourt er erfolgreich um die Welt als Pionier der sogenannten Cumbia Nueva Chilena.

www.masala-festival.de/masala-festival-2016

Bildungspartner für:

- Betriebs- und Personalräteschulungen
- After Work Bildung
- Immaturenkurse
- Fachtagungen
- Gesundheitsbildung

Berufsbegleitende Weiterbildung:

- Coaching
- Supervision
- Mediation
- Train the Trainer
- Reiss Profile u.v.m.

bildungswerk ver.di
www.bw-verdi.de
www.betriebs-rat.de
www.personal-rat.de

QuBE
Qualifizierung und Bildung für Erwachsene im Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V.
www.erfolgreich-weiterbilden.de

Region Hannover-Hildesheim
Goseriede 10 · 30159 Hannover
Telefon: +49(0)511/12 400 410
Telefax: +49(0)511/12 400 420
E-Mail: hannover@bw-verdi.de oder hannover@erfolgreich-weiterbilden.de

Gern senden wir unser aktuelles Programm zu.

Vielfalt, Innovation, Verantwortung - soziale Arbeit mit Herz

- Kindertagesstätten (Kindergarten, Hort, Krippe)
- Familienzentren
- Jugendarbeit
- Flüchtlings- und Migrationsarbeit
- Bildung und Qualifizierung
- Pflege und Betreuung
- Beratung
- Mit der AWO unterwegs

Unsere Angebote sind für alle Menschen offen!
Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V. www.awo-hannover.de

Bildung mit uns!

ZUKUNFT GESTALTEN

ARBEIT UND LEBEN Ihr kompetenter Bildungspartner

- Allgemeine Bildung
- Berufliche Bildung
- Politische Bildung
- Bildung und Beratung

Bildungsprogramme und Infos an unserem Stand oder über 0511 12105-0
www.aul-nds.de
www.facebook.com/aul.nds